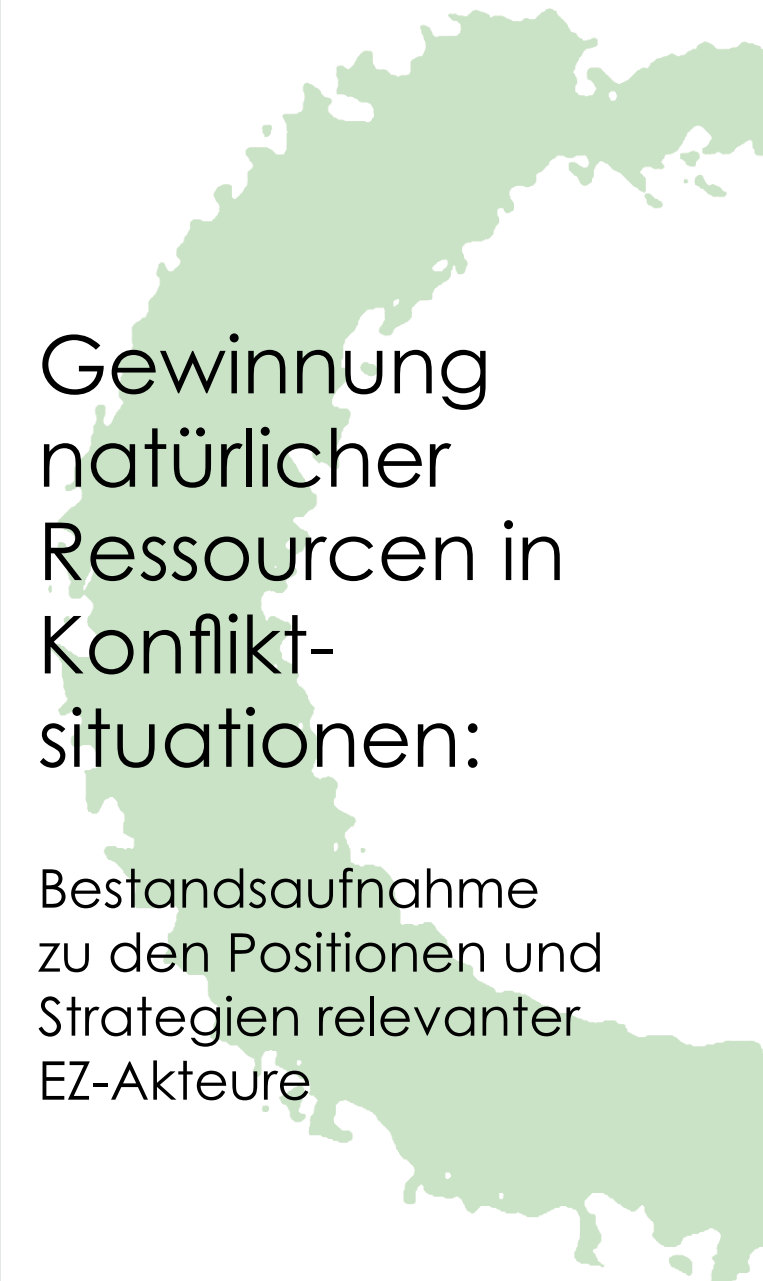




BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION • INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN



Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konflikt- situationen:

Bestandsaufnahme
zu den Positionen und
Strategien relevanter
EZ-Akteure

KONZEPTPAPIER



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konfliktsituationen:

Bestandsaufnahme zu den Positionen und Strategien relevanter EZ-Akteure

Übersichtsstudie im Rahmen des Themenfelds 'Ressourcen und Konflikte',
Teilprojekt 1: 'Natürliche Ressourcen, Umweltzerstörung und gewaltsamer
Konfliktaustrag: Zum Verhältnis von Unternehmen und lokalen
Gemeinschaften unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit'

Projektleiter: Dr. Volker Franke
Senior Researcher: Dr. Volker Böge
Autorin: Natalia Krieger
BICC, November 2007

**INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN -
BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION (BICC) GMBH**

Director: Peter J. Croll
Chairman of the Board: Deputy Minister Dr. Michael Stückradt
Register of Companies: Bonn HRB 6717

An der Elisabethkirche 25
53113 Bonn, GERMANY
Phone: +49-228-911 96-0
Fax: +49-228-24 12 15
E-Mail: bicc@bicc.de
Internet: www.bicc.de

Zusammenfassung

Gewaltsame Auseinandersetzungen um die Förderung von Rohstoffen und Mineralien prägen den Alltag vieler ressourcenreicher Entwicklungsländer. Besonders bei schwachen staatlichen Strukturen und Defiziten im Ressourcenmanagement ist oft eine spezifische Konstellation von umstrittener Förderung natürlicher Ressourcen einerseits und schlechter Regierungsführung andererseits zu beobachten, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen, kriminellen Handlungen und zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte führen kann. Unterstützt durch Kampagnen, Ausstellungen und Filme internationaler NGOs findet das Thema seit Ende der 1990er Jahre zunehmend Eingang in die außen- und entwicklungspolitischen Strategien der internationalen Gebergemeinschaft. Mehrere Initiativen zur Regulierung von Unternehmen im extraktiven Sektor und zur Erhöhung der *Corporate Social Responsibility* der multinationalen Konzerne in Umwelt- und Menschenrechtsfragen wurden eingerichtet. Allerdings fehlt es bislang an einer systematischen Übersicht über die Maßnahmen der für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wichtigen nationalen und internationalen Geber und darüber, wie sie die spezifische Konstellation der drei Konfliktfaktoren natürliche Ressourcen - fragile Staatlichkeit - Tätigkeit von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor behandeln. Diese Studie bietet deshalb eine Bestandsaufnahme der Positionen und Strategien relevanter Akteure in diesem Bereich. Auf dieser Basis sollen den Entscheidungsträgern deutscher Entwicklungspolitik eine Bestimmungsgrundlage für Chancen und Notwendigkeiten eigenen Engagements im Themenfeld Ressourcen und Konflikte sowie mögliche Optionen für Kooperationen mit internationalen Partnern vorgelegt werden.

DR. VOLKER FRANKE ist Forschungsleiter im BICC

DR. VOLKER BÖGE ist Historiker und Friedensforscher. Er arbeitet z.Z als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Australian Centre for Peace and Conflict Studies an der University of Queensland in Brisbane, Australien. Von 2002 - 2005 war er Senior Researcher am BICC.

NATALIA KRIEGER, ist Wissenschaftliche Hilfskraft am BICC,

Die vorliegende Studie wurde durch das BICC mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeitet. Für den Inhalt und die hierin vertretenen Meinungen zeichnen der Projektleiter, der Senior Researcher und die Autorin verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Abkürzungsverzeichnis	4
Einleitung: Gewinnung natürlicher Ressourcen als Konfliktursache	5
Methodische Vorbemerkungen	7
Bedeutende multilaterale Initiativen zur Regulierung der Aktivitäten von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor	8
Die Position großer nationaler und internationaler Geber zur Gewinnung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern	11
Die Europäische Union	11
Die Weltbankgruppe	12
Großbritannien	13
Kanada	15
Die Niederlande	17
Norwegen	18
Schweden	19
Thematisierung des Zusammenhangs zwischen Gewinnung natürlicher Ressourcen, fragiler Staatlichkeit und Konfliktgeschehen	20
Die Europäische Union	20
Die Weltbankgruppe	22
Großbritannien	24
Kanada	25
Die Niederlande	26
Norwegen	27
Schweden	28
Fazit	30
Bibliographie	33
Anhang	37
Tabellarische Aufstellung der Studienergebnisse	

Abkürzungsverzeichnis

ACCP	Africa Conflict Prevention Pool
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CASM	Communities and Small-Scale Mining secretariat, Weltbankgruppe
CIDA	Canadian International Development Agency
CSR	Corporate Social Responsibility
DD&R	Disarmament, Demobilization and Reintegration
DFAIT	Department of Foreign Affairs and International Trade, Kanada
DFID	Department for International Development, Großbritannien
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EIB	Europäische Investitionsbank
EIR	Extractive Industries Review
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EUEI	Die Europäische Energieinitiative
EUEI-PDF	EUEI Partnership Dialogue Facility
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
IDA	International Development Association, Weltbankgruppe
IFC	International Finance Corporation, Weltbankgruppe
IWF	Internationaler Währungsfonds
LICUS	Low Income Countries Under Stress
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency, Weltbankgruppe
NGO	Nichtregierungsorganisation
NHO	Norwegian Confederation of Business and Industry
NIZA	Nederlands instituut voor Zuidelijk Afrika, die Niederlande
OECD	Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OfD	Oil for Development Initiative, Norwegen
PCNA	Post-Conflict Needs Assessment
PWYP	Publish What You Pay
SCFAIT	Standing Committee on Foreign Affairs and International Trade, Kanada
SIDA	Swedish Agency for International Development Cooperation
UN	United Nations
UNEP	United Nations Environment Programme
WHO	Welthandelsorganisation

Einleitung: Gewinnung natürlicher Ressourcen als Konfliktursache

Die Gewinnung von Naturschätzen kann Quelle des Reichtums für ressourcenreiche Länder sein, aber auch Auseinandersetzungen um Abbau, Nutzung, und Verteilung der Einkünfte aus dem Ressourcenhandel verursachen. Insbesondere in Entwicklungsländern mit schwachen staatlichen Strukturen und Defiziten im Ressourcenmanagement ist oft eine spezifische Konstellation von umstrittener Gewinnung natürlicher Ressourcen einerseits und schlechter Regierungsführung andererseits zu beobachten, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen, kriminellen Handlungen und zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte führen kann. In diesem Zusammenhang werden natürliche Rohstoffe, die im Kontext eines Konfliktes systematisch ausgebeutet und gehandelt werden, als **Konfliktressourcen** bezeichnet. Konfliktressourcen können im Konflikt sowohl Mittel zur Kriegsfinanzierung als auch Ursache von Gewalt sein (Kahl et al., 2007, S. 5).

In die Konflikte um die Gewinnung von Rohstoffen sind mehrere Parteien involviert, die in interne und externe Akteure unterschieden werden können. Die internen Akteure wie staatliche Behörden, einheimische Produktionsunternehmen, lokale Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen sind unmittelbar an der Verwaltung und Nutzung der natürlichen Ressourcen beteiligt und gestalten die Rahmenbedingungen für ihren Abbau. Dazu kommen insbesondere in Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit weitere, externe Akteure wie internationale Geber sowie ausländische Unternehmen der extraktiven Industrie: Die Geberprogramme internationaler Organisationen bzw. einzelner Nationalstaaten unterstützen Projekte zur Gewinnung von Rohstoffen technisch und finanziell. Bei Vorhaben mit Konfliktpotential oder bei bereits ausgebrochenen Auseinandersetzungen sind externe Akteure aber oft nicht nur Beobachter, sondern setzen auch Regeln. Ausländische Konzerne bekommen in Drittländern Rechte auf Ressourcenabbau und -Handel und nehmen als externe Akteure durch ihre Aktivitäten vor Ort unmittelbar an allen Abläufen mit Konfliktpotential teil.

Die multinationalen Unternehmen aus dem extraktiven Bereich unterhalten direkte Beziehungen zu allen Beteiligten der Ressourcenkonflikte. Einerseits sind sie durch freiwillige Verpflichtungen den Regelungen internationaler Organisationen unterworfen und müssen Rechenschaft über ihre Produktions- und Handelstätigkeiten in Drittländern ablegen. Andererseits treten sie in Kontakt zu staatlichen Akteuren vor Ort, mit denen sie Produktionsbedingungen vereinbaren und an die sie Steuern abführen müssen. Auch die lokale Bevölkerung nimmt über ihre Beschäftigung in Abbaustätten unmittelbar an der Gewinnung natürlicher Ressourcen durch multinationale Unternehmen teil und wird gleichzeitig auch durch ihre ökologischen und sozialen Folgen betroffen. Multinationale Unternehmen haben eine Schlüsselstellung in Konflikten um die Gewinnung natürlicher Ressourcen inne. Zum einen macht in vielen Fällen ihre Kapitalkraft und ihr *Know-How* den Abbau von Ressourcen überhaupt erst möglich. Zum anderen sind es ihre Aktivitäten, die zu konfliktträchtigen ökologischen und sozialen Problemen führen. So ist mit der Gewinnung von Ressourcen oft Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung rund um die Förderstätten verbunden. Dies kann Spannungen verursachen oder bereits existierende Konflikte verschärfen. Hinzu kommen negative soziale und ökonomische Faktoren wie der Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen, (erzwungene) Umsiedlungen, umfassende Zuwanderung in das Projektgebiet, Desintegration der traditionellen Sozialstrukturen, unzureichende oder fehlgeleitete Entschädigungen, usw. Nicht zuletzt tragen die Einkünfte aus dem Abbau von Rohstoffen oft zur Intensivierung und Verlängerung von Spannungen bei, da sie von Konfliktparteien zur Finanzierung ihrer konfliktbedingten Ausgaben verwendet werden.

Die negativen Auswirkungen der Aktivitäten privater Unternehmen werden durch fehlende oder unzureichende staatliche Institutionen zur Kontrolle und Verwaltung des extraktiven Bereiches verstärkt. Häufig tragen fragile staatliche Strukturen und daraus resultierendes unzureichendes Ressourcenmanagement dazu bei, dass die Gewinnung von Ressourcen unter Missachtung ökologischer und sozialer Standards erfolgt und dass es zu einer ungerechten Nutzung und Verteilung der Gewinne kommt. Dies kann bei der betroffenen Bevölkerung die Empfindung fördern, benachteiligt, marginalisiert und mit den ökologischen und sozialen Problemen der Gewinnung von Ressourcen allein gelassen zu werden. Diese Faktoren können fruchtbaren Boden für handfeste Konflikte und sogar für gewaltsamen Konfliktaustrag bereiten. Dieses Phänomen wird als „**Paradoxon des Reichtums**“ bezeichnet. In rohstoffreichen Ländern mit schwacher Regierungsführung führen fehlende Strukturen der Ressourcenverwaltung häufig zu steigendem Konfliktpotential (Kahl et al., 2007, S. 6). Insofern besteht ein direkter Zusammenhang zwischen fragiler Staatlichkeit, der Gewinnung von Ressourcen und Entstehung von Gewaltkonflikten. Die gewaltträchtige Zuspitzung von Konflikten um Gewinnung, Nutzung und Verteilung von Ressourcen erfolgt gerade und vor allem unter der Bedingung **fragiler staatlicher Strukturen**¹.

Die Entwicklung der internationalen Debatte über den Zusammenhang von Naturschätzen und Konfliktgeschehen wurde im Wesentlichen durch die Frage nach wirksamen Instrumenten zur Kontrolle der Aktivitäten extraktiver Industrien in Entwicklungsländern beeinflusst. Mittlerweile wurden mehrere Initiativen zur Stärkung der Ressourcenverwaltung und Erhöhung der Transparenz des extraktiven Bereichs betroffener Länder ins Leben gerufen. Allerdings fehlt es an einer systematischen Übersicht über die Maßnahmen der für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wichtigen nationalen und internationalen Geber und darüber, wie sie die spezifische Konstellation der drei Konfliktfaktoren natürliche Ressourcen - fragile Staatlichkeit - Tätigkeit von Produktionsunternehmen behandeln. Die vorliegende Studie bietet eine Bestandsaufnahme der Positionen und Strategien relevanter Geber in diesem Bereich. Auf dieser Basis soll den Entscheidungsträgern deutscher Entwicklungspolitik eine Bestimmungsgrundlage für Chancen und Notwendigkeiten eigenen Engagements im Themenfeld Ressourcen und Konflikte sowie mögliche Optionen für Kooperationen mit internationalen Partnern vorgelegt werden.

¹ Der Ausdruck „fragile staatliche Strukturen“ wird in dieser Studie synonym zum Begriff fragile Staatlichkeit bzw. fragiler Staat (Engl.: *fragile state*) verwendet. Unter dem **Begriff „fragile Staaten“** werden meist Länder mit schwerwiegenden Störungen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zusammengefasst, welche sich in schwachen institutionellen Strukturen und schlechter Regierungsführung äußern und durch vergangene und gegenwärtige Gewaltkonflikte verstärkt werden. Eine einheitliche Definition des Begriffs „fragile Staatlichkeit“ existiert nicht, da verschiedene Organisationen mit unterschiedlichen Kriterien und Indikatoren zur Kennzeichnung fragiler Staaten operieren. Die internationale Gebergemeinschaft orientiert sich aber mehrheitlich an der OECD-Behandlung dieser Problematik, welche bei fragilen Staaten gleiche Entwicklungsdefizite wie schwache Regierungsführung und Anfälligkeit für Gewaltkonflikte erkennt. Dazu kommen Einschränkungen durch instabile Situationen wie längere Konflikte, postkonfliktive oder politische Transition und Verfall institutioneller Strukturen (IDA, 2007, S. 2f).

Methodische Vorbemerkungen

In dieser Bestandsaufnahme werden nationale und internationale Geber mit zentraler Bedeutung für deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Positionen und Strategien in Bezug auf die Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konfliktsituationen untersucht. Unter **Gewinnung natürlicher Ressourcen** werden dabei industrielle Tätigkeiten zur Gewinnung von Erdöl, Erdgas und Bodenschätzen verstanden. Bei nationalen Gebern werden Großbritannien, Kanada, die Niederlande, Norwegen und Schweden näher betrachtet, welche durch ihren Zusammenschluss mit Deutschland in der **Utstein-Gruppe** eine Sonderstellung unter den entwicklungspolitischen Koordinierungsgremien einnehmen und daher von besonderem Interesse für die Entscheidungsträger der deutschen Entwicklungspolitik sind². Über die nationalen Kooperationspartner Deutschlands hinaus werden Positionen und Maßnahmen der Europäischen Union und der Weltbank betrachtet. Die Europäische Union ist für Deutschland von besonderer Bedeutung, weil die deutsche Entwicklungspolitik in enger Übereinstimmung mit europäischen entwicklungspolitischen Grundsätzen gestaltet wird. Die Weltbankgruppe repräsentiert schließlich den Standpunkt einer multilateralen Institution zur Gewinnung natürlicher Ressourcen, die eine Vielzahl an Projekten im extraktiven Bereich finanziell und technisch unterstützt.

Die Ergebnisse der Untersuchung beziehen sich auf eine qualitative Auswertung von frei zugänglichen Dokumenten, Strategiepapieren und Beschlüssen sowie der Online-Präsenz der Regierungsbehörden der genannten Länder, der Europäischen Union und der Weltbank. Je nach Verfügbarkeit werden in einigen Fällen auch Reaktionen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf die Initiativen nationaler und internationaler Geber im extraktiven Bereich in die Bestandsaufnahme eingebunden. So kann deutschen Entscheidungsträgern mehr Hintergrundwissen über die Positionen ihrer entwicklungspolitischen Kooperationspartner zur Verfügung gestellt werden, um auf dieser Basis Notwendigkeiten und Optionen eigenen Engagements auszuloten.

Die vorliegende Bestandsaufnahme gliedert sich wie folgt: Zunächst wird ein Überblick über die bedeutenden multilateralen Initiativen zur Regulierung der Aktivitäten von Unternehmen, die im extraktiven Sektor in Entwicklungsländern tätig sind, geboten. Hierdurch soll das Instrumentarium der wichtigsten Initiativen vorgestellt werden, was eine Zuordnung der Maßnahmen der untersuchten Akteure erleichtern soll. Anschließend erfolgt die Hauptuntersuchung in zwei analytischen Strängen: Als erstes wird die Positionierung relevanter nationaler und internationaler Geber zur Gewinnung natürlicher Ressourcen und ihre Teilnahme an Maßnahmen zur Regulierung von Aktivitäten des extraktiven Sektors in Entwicklungsländern dokumentiert. Im zweiten Schritt wird betrachtet, wie der Zusammenhang zwischen der Gewinnung natürlicher Ressourcen, fragiler Staatlichkeit und Konfliktgeschehen durch die ausgewählten Länder bzw. Institutionen thematisiert wird und wie diese Ressourcenkonflikte unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit behandelt werden.

² In der **Utstein-Gruppe** haben sich 1999 die Entwicklungsministerinnen von Deutschland, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden zusammengeschlossen. 2002 wurden darüber hinaus Schweden und 2003 Kanada in die Gruppe aufgenommen. Zwar besitzt die Gruppe weder eine eigene Infrastruktur noch originäre Entscheidungskompetenzen. Sie zielt aber darauf ab, die Koordination und Kohärenz bei der gemeinsamen entwicklungspolitischen Arbeit in informeller und praxisorientierter Kooperation zu verbessern. Siehe online unter www.bmz.de.

Schließlich werden die Ergebnisse ausgewertet, um bestehende Lücken in den bereits entwickelten Positionen aufzuzeigen. Dementsprechend ergeben sich folgende

Untersuchungsfragen:

- Wie positionieren sich relevante Geberländer und –institutionen zur Förderung natürlicher Ressourcen und zu Tätigkeiten privater Unternehmen des extraktiven Sektors in Entwicklungsländern?
- An welchen Initiativen zur Regulierung von Tätigkeiten privater Unternehmen des extraktiven Sektors nehmen die für die deutsche Entwicklungspolitik relevanten Akteure teil?
- Wie wird der Zusammenhang zwischen Gewinnung natürlicher Ressourcen, fragiler Staatlichkeit und Konfliktgeschehen thematisiert?
- Gibt es Initiativen und Maßnahmen, die explizit auf die Behandlung von Ressourcenkonflikten in fragilen Staaten abzielen?
- Welche Lücken lassen sich in vorhandenen Positionen feststellen?

Bedeutende multilaterale Initiativen zur Regulierung der Aktivitäten von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor³

Der folgende Abschnitt fasst die wichtigsten Initiativen zur Regulierung von Unternehmensaktivitäten im extraktiven Sektor zusammen, an denen mehrere internationale Akteure und Organisationen beteiligt sind.

EU Energy Initiative for Poverty Eradication and Sustainable Development (EUEI)

Die Energieinitiative der Europäischen Union wurde 2002 auf dem Johannesburg-Gipfel ins Leben gerufen. Sie zielt auf eine bessere Versorgung der Entwicklungsländer mit Energie ab und will dadurch Armut bekämpfen. Die Initiative will hierzu öffentliche und politische Aufmerksamkeit wecken. Ihr beratendes Gremium betreibt einen ständigen Austausch mit anderen internationalen Energieinitiativen und besteht aus Vertretern von EU-Mitgliedsländern, Beamten der Europäischen Kommission und Energieexperten. (www.euei.org)

EUEI Partnership Dialogue Facility (EUEI-PDF)

Die *EUEI Partnership Dialogue Facility* wurde im Rahmen der EU-Energieinitiative von Österreich, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien in Koordination mit der Europäischen Kommission gegründet. Diese Einrichtung agiert seit 2005 und wird von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) verwaltet. Das zentrale Ziel der EUEI-PDF ist es, Dialog- und Strategiebildungsprozesse zur Verbesserung des Zugangs zu Energie in Entwicklungsländern zu initiieren und gute Regierungsführung in Partnerländern zu stärken. Dies soll auf dem Austausch zwischen der Europäischen Union, Partnerländern im Globalen Süden und ihren regionalen Organisationen aufbauen und dabei helfen, den Zugang zu Energie thematisch in nationalen und überregionalen entwicklungspolitischen Strategien zu verankern sowie regulative und fiskalische Instrumente dafür zu entwickeln. Der Schwerpunkt der EUEI-PDF sind in der Anfangsphase afrikanische Länder südlich der Sahara. (<http://www.euei-pdf.org>)

³ In Anlehnung an Internet-Auftritte der jeweiligen Initiativen sowie an die Darstellung multilateraler Initiativen in Johnson et al., 2007, S. 28-34 und Böge et al., 2006, S. 26ff.

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Die Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie wurde größtenteils von der *Publish What You Pay*-Kampagne inspiriert (vgl. S. 10) und 2002 auf dem Johannesburg Gipfel von Tony Blair ins Leben gerufen. Zunächst hatte vor allem die britische EZ-Behörde DFID die Initiative vorangetrieben; seit 2006 ist die EITI eine eigenständige internationale Organisation unter norwegischer Führung mit Sitz in Oslo. Grundlegend für die EITI-Aktivitäten ist die Erkenntnis, dass privatwirtschaftliche und staatliche Einkünfte aus der Gewinnung von Erdöl, Erdgas und Kohle bei schwacher Regierungsführung zu Armut, Korruption und Konflikten führen können. Die Initiative stellt explizit die Verbindung zwischen Verbesserung der Regierungsführung in ressourcenreichen Ländern durch höhere Transparenz der Finanzabläufe im extraktiven Bereich und Konfliktprävention her. Sie will komplette Offenlegung und Verifizierung von Unternehmens- und Regierungseinkünften aus Fördertätigkeiten erreichen.

An der EITI sind Regierungen aus 23 rohstoffreichen Ländern, multinationale Energieunternehmen, NGOs und internationale Organisationen wie Weltbank, IWF und OECD beteiligt. Allerdings haben bisher nur fünf Nationalstaaten ihre Einnahmen aus dem extraktiven Sektor offen gelegt. Die beabsichtigte Wirkung der EITI könnte durch die Freiwilligkeit ihrer Prinzipien abgeschwächt werden. Eine weitere Problemstelle ist die Tatsache, dass viele illegale Praktiken wie Bestechungen oder unberechtigte Subventionen oft gar nicht erst erfasst werden können, was die Kontrolle erschwert (Böge et al., 2006, S. 32).
(www.eitransparency.org)

The Kimberley Process Certification Scheme (Kimberley Process/KPCS)

Der Kimberley-Prozess ist weltweit die erste Initiative zur Zertifizierung von Rohdiamanten. Sie wurde 2000 in Kimberley (Südafrika) gegründet, um den Handel mit so genannten **Blutdiamanten**⁴ zu unterbinden und ist das einzige rechtlich verbindliche Regulierungsinstrument für Konfliktressourcen. Mittlerweile beteiligen sich 73 Staaten an der Initiative, die zur gesetzlichen Regelung des Zertifizierungsmechanismus verpflichtet werden. Die Zertifizierung stellt sicher, dass die zwischen den Kimberley-Staaten gehandelten Diamanten keine Konfliktdiamanten sind. Der Kimberley-Prozess gilt als Musterbeispiel einer erfolgreichen Kooperation zwischen verschiedenen Interessengruppen aus Regierungsbehörden, Unternehmen der internationalen Diamantenindustrie und NGOs, nicht zuletzt weil er Kontrollinstrumente auf der Regierungsebene mit freiwilligen Selbstverpflichtungen der extraktiven Industrie kombiniert. Als Schwäche der Initiative gilt, dass staatliche Kontrollen des Diamantenhandels nicht einheitlich sind und sich dadurch große Diskrepanzen bei der Effektivität und Transparenz der Regulierung in einzelnen Teilnehmerstaaten ergeben. Oft führt dies dazu, dass Konfliktdiamanten mit einem Zertifikat versehen und importiert werden. Außerdem geben die Zertifikate keine Auskunft darüber, ob der menschenrechtliche Aspekt des Diamantenabbaus ausreichend berücksichtigt wird (Johnson et al., 2007, S. 31).
(www.kimberleyprocess.com)

⁴ Als **Blutdiamanten** werden Rohdiamanten bezeichnet, deren Abbau und Handel von Rebellengruppen zur Finanzierung von gewaltsamen Konflikten benutzt werden.

OECD Guidelines for Multinational Enterprises

Die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen wurden 1976 verabschiedet und 2000 überarbeitet und ausgeweitet. Dieses freiwillige Regelwerk stellt Empfehlungen der dreißig OECD-Mitgliedsländer und neun Nichtmitgliedern zu verantwortlichen Handlungen in allen Bereichen der Unternehmensethik, darunter Menschenrechte, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung, zusammen und richtet sich an multinationale Unternehmen mit Sitz in einem Unterzeichnerstaat. Eingeschlossen sind auch Unternehmen des extraktiven Sektors. Jede teilnehmende Regierung ist verpflichtet, eine nationale Kontaktstelle einzurichten, um die Umsetzung von Richtlinien zu fördern, Informationen bereitzustellen und Beschwerdefälle zu bearbeiten. Beim Verstoß gegen die Richtlinien können bei der Nationalen Kontaktstelle Beschwerden eingereicht werden, die zu einem Vermittlungsverfahren mit „*naming and shaming*“ führen können. Da keine weiterführenden Sanktionsregelungen existieren, bleiben die Richtlinien in ihrer Wirkung allerdings beschränkt (Johnson et al., 2007, S. 30).
(www.oecd.org)

Publish What You Pay (PWYP)

Die *Publish What You Pay*-Kampagne wurde 2002 von George Soros initiiert und vereint weltweit über dreihundert NGOs in einem Aufruf an multinationale Unternehmen, ihre Zahlungen an Regierungen der Entwicklungsländer offen zu legen. Diese Initiative richtet sich speziell an den extraktiven Sektor und hat zum Ziel, höhere Transparenz bei der Gewinnung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern und besseres Ressourcenmanagement zu erreichen. Die Ziele der PWYP sollen über die Aufnahme entsprechender Regelungen in das nationale Recht und die Befolgung von OECD-Grundsätzen erreicht werden. Die PWYP diene als Vorlage für die *Extractive Industries Transparency Initiative*, setzt sich aber im Gegensatz zu EITI für verbindliche staatliche Maßnahmen ein.
(www.publishwhatyoupay.org)

UN Global Compact

Der UN-Generalsekretär Kofi Annan hat 1999 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos den Grundstein für diese Initiative gelegt, indem er eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der UN und privaten Unternehmen vorgeschlagen hat. 2000 ging daraus die *UN Global Compact*-Initiative hervor, welcher mittlerweile auch einige große internationale Umweltschutz- und Menschenrechts-NGOs beigetreten sind. Die Verbindung zwischen den Vereinten Nationen und den Unternehmen hat zum Ziel, gesellschaftliches Engagement der Unternehmen zu stärken und ihre Aktivitäten in den Entwicklungsländern gerechter und nachhaltiger zu gestalten. Dies geschieht über die Anerkennung von zehn Prinzipien für unternehmerisches Handeln, welche u.a. Bestimmungen zu Menschenrechten, Umwelt und Transparenz beinhalten. *UN Global Compact* ist nicht auf den extraktiven Sektor begrenzt, so dass Unternehmen aus allen Branchen daran teilnehmen können und sich freiwillig zur Einhaltung ihrer Prinzipien verpflichten. Darüber hinaus beschäftigt sich eine gesonderte Einrichtung, *Policy Dialogues*, mit der Rolle privater Unternehmen in Konfliktsituationen. Allerdings wird der *UN Global Compact* von Kritikern als reine Auflistung der Grundsätze zum verantwortlichen unternehmerischen Handeln ohne Kontrollfunktionen gesehen. So sind keine Sanktionsmechanismen für den Fall der Nichteinhaltung der zehn Prinzipien oder die Aussetzung der Berichterstattung vorgesehen. Zudem existiert keine Regelung zur Verfolgung der Beschwerden gegen Prinzipienverstöße, weil Klagen lediglich an das betroffene Unternehmen weitergeleitet werden (Johnson et al., 2007, S. 28).
(www.unglobalcompact.org)

The Voluntary Principles on Security and Human Rights (Voluntary Principles)

Initiatoren dieser Richtlinien sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, welche 2000 gemeinsam mit Unternehmen und NGOs Prinzipien zum menschenrechtskonformen Verhalten der Unternehmen in Konfliktgebieten verabschiedet haben. Mittlerweile beteiligen sich auch die Regierungen der Niederlande und Norwegens an den Grundsätzen. In den freiwilligen Richtlinien werden Verhaltensstandards für Unternehmen des extraktiven Sektors in Konfliktregionen festgehalten, deren private Sicherheitsfirmen Menschenrechtsverletzungen begehen. Die *Voluntary Principles* basieren auf einem regelmäßigen Austausch mit Vertretern von Regierungen der Gastländer, örtlicher Verwaltungsstrukturen, der lokalen Bevölkerung und der Zivilgesellschaft. Sie bieten den Unternehmen Handlungsempfehlungen in drei Bereichen Risikoabschätzung, Zusammenarbeit mit Sicherheitsorganen der Partnerländer und Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsunternehmen an.

(<http://www.voluntaryprinciples.org>)

Die Position großer nationaler und internationaler Geber zur Gewinnung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern

Die Europäische Union

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zur Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *Kimberley Process Certification Scheme*;
- *Extractive Industries Transparency Initiative* (über EBRD);
- Finanzielle und technische Unterstützung von Projekten zur Rohstoffgewinnung in Drittländern mit interner Projektkontrolle (über EIB).

Die Europäische Union hat bisher keine eigenen Initiativen zur Kontrolle von Produktionsunternehmen ergriffen: In offiziellen Dokumenten bzw. Strategien der Gemeinschaft wird diese Fragestellung nur indirekt über die Themenbereiche Konfliktbearbeitung, Ressourcen oder schwache Regierungsführung einbezogen. Die EU unterstützt jedoch durch ihre Beteiligung am **Kimberley-Prozess** und an der ***Extractive Industries Transparency Initiative*** zwei internationale Vorhaben im extraktiven Bereich. Beim Kimberley-Prozess hat die EU 2007 den Vorsitz inne. Ihr Ziel ist, die Kontinuität des Zertifizierungsprozesses durch seine Konsolidierung zu erreichen und Kapazitäten zum Krisenmanagement im Bereich des illegalen Diamantenhandels aufzubauen (Europäischer Rat, 2007, S. 1ff). Relevant in Bezug auf die praktische Umsetzung europäischer Vorhaben zur Konfliktprävention ist auch die Tatsache, dass die Europäische Kommission Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen als einen ***Early Warning-Indikator*** in ihre Checkliste zur Ermittlung von Hintergrundursachen für gewaltsame Konflikte aufgenommen hat. Diese Liste benennt den Grad der Gerechtigkeit von Ressourcenverteilung sowie Anzeichen möglicher interner und externer Ressourcenkonflikte als Indikatoren zur Einschätzung weiterer Entwicklung von Konfliktsituationen (Europäische Kommission, 2007).

Die Europäische Union beteiligt sich auch an konkreten Projekten im extraktiven Bereich, was über die EU-eigene Einrichtung Europäische Investitionsbank (EIB) geschieht. Diese stellt finanzielle und technische Unterstützung für europäische und außereuropäische Vorhaben bereit, darunter für mehrere **Projekte zur Rohstoffgewinnung in Drittländern**. So beteiligt sich die EIB beispielsweise an der Tschad-Kamerun-Pipeline in Zusammenarbeit mit der Weltbank. Wie auch die Weltbank ist die EIB der Auffassung, dass Projekte zur Gewinnung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern auch positive Auswirkung auf die Armutsreduzierung

haben können, wenn sie gute Regierungsführung und Transparenz in den Projektländern stärken. Die Unterstützung von solchen Projekten durch die EIB geschieht allerdings nicht zuletzt, um die Sicherheit und Diversität der europäischen Energieversorgung zu gewährleisten. Daher vertritt die Investitionsbank in ihrem **Positionspapier zur *Extractive Industries Review der Weltbank*** die Absicht, weiterhin ausgewählte tragfähige Projekte zur Rohstoffgewinnung im Bergbau und Energiesektor der Entwicklungsländer finanziell fördern zu wollen. Dabei will sie aber auch sicherstellen, dass diese Projekte nachhaltig sind und dass die Erlöse daraus zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden (Europäische Investitionsbank, 2004, S. 2ff).

Die Weltbankgruppe

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zur Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *Extractive Industries Review*;
- Finanzielle und technische Unterstützung von Projekten zur Rohstoffgewinnung in Drittländern mit interner Projektkontrolle (Weltbank, IFC, MIGA);
- *Extractive Industries Transparency Initiative*;
- *Communities and Small-Scale Mining-Organisation*.

Um globale Armut nachhaltig zu reduzieren, unterstützt die Weltbankgruppe Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung durch Beratung sowie finanzielle und technische Hilfen. Ein Teil dieser umfassenden Strategie sieht vor, Vorhaben im Bergbau sowie im Erdöl- und Erdgassektor zu fördern. So vergibt die Weltbank langfristige Darlehen zu Marktkonditionen, während die *International Finance Corporation* (IFC) privatwirtschaftliche Entwicklung durch ihre Beteiligung an Produktionsunternehmen unterstützt. Eine weitere Einrichtung der Weltbankgruppe, die *Multilateral Investment Guarantee Agency* (MIGA), stellt Direktinvestitionen in Entwicklungsländern bereit; 2006 entfielen rund 14 Prozent ihres gesamten Investitionsvolumens auf den extraktiven Sektor (www.miga.org).

Als Reaktion auf die kritische Einstellung von Umweltschützern und Menschenrechtsorganisationen zur Unterstützung des extraktiven Sektors durch die Weltbankgruppe hat eine Kommission der Weltbank in den Jahren 2001 bis 2003 eine umfassende Studie zur Bewertung der Aktivitäten der Institution im extraktiven Bereich, die ***Extractive Industries Review (EIR)***, zusammengestellt. Dieses Vorhaben zielte auch darauf ab, alle Interessengruppen wie Regierungen, NGOs, Unternehmen, betroffene lokale Strukturen und Forschungsinstitute in einem Dialog über die Unterstützung der Aktivitäten von Produktionsunternehmen des extraktiven Sektors in Entwicklungsländern mit schwachen Regierungsstrukturen durch die Weltbank zusammenzuführen und Empfehlungen für künftiges Handeln auszuarbeiten. Die zentralen Fragen der Untersuchung konzentrierten sich auf die Vereinbarkeit von Projekten zur Gewinnung natürlicher Ressourcen mit den Weltbank-Zielen nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung sowie auf die künftige Rolle der Weltbank im extraktiven Bereich (World Bank, 2003, S. 1).

Die Ergebnisse der EIR haben gezeigt, dass die Tätigkeiten der Weltbank zwar die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern positiv beeinflusst haben. Gleichzeitig aber hatten Projekte zur Gewinnung von Rohstoffen folgenschwere Auswirkungen auf die soziale, ökonomische, kulturelle und spirituelle Integrität der indigenen Bevölkerung, weil diese den gewohnten Lebensablauf störten, Umsiedlungen und Armut verursachten und die Überlebensfähigkeit der Kommunen gefährdeten. Diese negativen Effekte sind auch deshalb aufgetreten, weil die Weltbank über das Instrument der Kreditbestimmungen hinaus nur einen geringen Einfluss auf die Durchführung der Projekte hat. Ebenso wenig kann die Weltbank

nach der Zurückzahlung der Kredite interne Strategien großer Empfängerländer wie China oder Indien bestimmen (Extractive Industries Review, 2003, Volume 1, S. 10). Am heftigsten wurde indes die EIR-Empfehlung diskutiert, die Weltbank-Investitionen in Erdölprojekte bis 2008 auslaufen zu lassen, um die negative Auswirkung von zusätzlichem CO₂-Ausstoß auf den Klimawandel zu verringern. Einige Forscher fordern auch, die Kreditvergabe an gute Regierungsführung zu koppeln, so dass sich die Weltbankgruppe in erster Linie auf die Einrichtung funktionierender Verwaltungsstrukturen konzentrieren kann (Stockmann and Muttitt, 2005, S. 24, 29).

Das Direktorium der Weltbank hat mit der im August 2004 erschienenen **Management Response** seine Antwort auf die Untersuchung extraktiver Industrien präsentiert. Darin lehnt das Weltbankmanagement die EIR-Empfehlung ab, neue Investitionen im Erdölsektor stufenweise zurückzuführen, und betont, dass Investitionen in Förderprojekte fortgesetzt werden, weil diese eine notwendige Grundlage für die Entwicklung vieler armer Nationen darstellen. Die Expertise und Investitionen der Einrichtung könnten außerdem sicherstellen, dass unterstützte Förderprojekte hohen Umwelt-, Sozial- und *Governance*-Standards entsprechen. Diese Position der Weltbankführung nahmen viele Nichtregierungsorganisationen wie z.B. *Mineral Policy Center / Earthworks* oder *Friends of the Earth* kritisch auf. Sie bemängelten vor allem die Tatsache, dass die Bank durch ihre Privatsektorgesellschaft *International Finance Corporation (IFC)* zwar weiterhin Investitionen in hochprofitable Projekte im Bereich Ressourcen und Bergbau tätigt, jedoch bisher noch nicht belegen konnte, ob solche Vorhaben tatsächlich zur Armutsreduzierung in der lokalen Bevölkerung beitragen (Sarin et al., 2006, S. 1).

Über eigene Projekte hinaus unterstützt die Weltbankgruppe einige weitere multilaterale Initiativen zur Gewinnung von Vorhaben im extraktiven Bereich. Sie beteiligt sich an der internationalen **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)**. Nach eigener Einschätzung hat die Weltbank in den letzten Jahren einen beachtlichen Fortschritt in der Stärkung der Initiative erzielt und arbeitet mittlerweile mit mehr als 20 Ländern an deren Implementierung (online über www.ifc.org). Darüber hinaus ist die Weltbankgruppe ein wichtiger Förderer der auf kommunale Aktivitäten ausgerichteten **Communities and Small-Scale Mining-Organisation (CASM)**, welche zurzeit im *Mining Department* der Weltbank in Washington, DC residiert und kleinere extraktive Vorhaben der lokalen Bevölkerung in Entwicklungsländern unterstützt (www.casmsite.org). Allerdings fördert die Weltbank mit der CASM nur Bergbauprojekte ohne Beteiligung internationaler Produktionsunternehmen und widmet sich damit nur der lokalen Bevölkerung. Der erwünschte Dialog zwischen dem extraktiven Sektor und lokalen Strukturen in der Form, wie er bei der Zusammenstellung der *Extractive Industries Review* stattgefunden hat, kann in den von der Weltbank unterstützten Projekten zur Gewinnung und Nutzung von Ressourcen als Ausnahme bezeichnet werden.

Großbritannien

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zur Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *Kimberley Process Certification Scheme* (über die EU);
- *Extractive Industries Transparency Initiative*;
- *Communities and Small-Scale Mining-Initiative*;
- *Voluntary Principles on Security and Human Rights*;

- Bilaterale Beratungsprojekte zu guter Regierungsführung, Transparenz und nachhaltiger Entwicklung im extraktiven Bereich;
- Forschungsprogramm der Internationalen Friedensakademie, *Economic Agendas in Civil Wars*.

Bei der Zusammenstellung der *Extractive Industries Review* der Weltbank hat sich Großbritannien rege am Evaluierungsprozess beteiligt und die Studie nach ihrem Erscheinen mit einer **Stellungnahme des Staatssekretärs für internationale Zusammenarbeit Hilary Benn** kommentiert. Aus diesem Beitrag lässt sich auch die allgemeine Position des Landes zur Tätigkeit von Produktionsunternehmen des extraktiven Sektors in Entwicklungsländern ableiten. So wird betont, dass die Weltbank eine wichtige Rolle im extraktiven Bereich spiele, ihre künftigen Aktivitäten aber effektiv Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung fördern sollten. Zu diesem Zweck sollten alle Weltbankprojekte im extraktiven Bereich mit *Strategic Environment Assessments* und *Poverty and Social Impact Assessments* auf ihren Nachhaltigkeits- und Wohlstandsbeitrag geprüft werden (DFID, 2004a, S. 1f). Großbritannien sieht in guter Regierungsführung und in der Transparenz der Einkünfte wichtige Voraussetzungen für die Unterbindung der Finanzierung von Konflikten und Korruption mit Gewinnen aus dem Ressourcenverkauf. Daher empfiehlt sie der Weltbank, finanzielle Transparenz im extraktiven Sektor als feste Bedingung für Kreditvergabe an ressourcenreiche Entwicklungsländer einzusetzen. Schließlich ist die britische Regierung der Überzeugung, dass lokale Gruppen und indigene Bevölkerung von Projekten vor ihrer Haustür profitieren sollten, und unterstützt den Vorschlag des Weltbank-Direktoriums, betroffene lokale Gruppen **konsultativ** in die Vorbereitung eines Vorhabens einzubeziehen.

Die britische Position zur Beilegung von Konflikten um die Gewinnung von Ressourcen zwischen multinationalen Unternehmen, externen Gebern und lokaler Bevölkerung räumt der lokalen Bevölkerung keine Partizipationsrechte bei den Projektentscheidungen der Weltbank ein. Dies führt dazu, dass die Betroffenen die Förderaktivitäten ausländischer Firmen oft hinnehmen müssen, ohne hinreichend in Entscheidungsprozesse einbezogen worden zu sein, was weiteres Konfliktpotential darstellen kann. Diverse NGOs wie *PLATFORM Research* und *Friends of the Earth* kritisieren darüber hinaus, dass Großbritannien die Entscheidung der Weltbank zur Weiterführung der Kreditvergabe an Erdölprojekte unterstützt, obwohl es den negativen Einfluss fossiler Energiequellen auf das Weltklima anerkennt. Auch hat das Land bei eigener Unterstützung ausländischer Investitionen in Erdölprojekte keinen Zusammenhang zwischen guter Regierungsführung und Kreditvergabe hergestellt (Stockmann and Muttitt, 2005, S. 19, 25).

Neben seiner Teilnahme am **Kimberley-Prozess** unterstützt Großbritannien weitere multilaterale Initiativen im extraktiven Bereich: So hat die britische Regierung z.B. 2002 die *Extractive Industries Transparency Initiative* ins Leben gerufen und ist bis dato ihr größter finanzieller Förderer. Auch hat Großbritannien gegenwärtig den Vorsitz in der *Communities and Small-Scale Mining-Initiative (CASM)* (vgl. S. 13) inne und hat an der Ausarbeitung der *Voluntary Principles on Security and Human Rights* teilgenommen. In bilateraler Kooperation führt die britische EZ-Behörde *Department for International Development* (DFID) viele Projekte durch, die auf die Regulierung von Aktivitäten im Bergbau und Ressourcensektor einzelner Entwicklungsländer mit Konfliktpotential abzielen. Diese Vorhaben beschäftigen sich mit **Beratung in Fragen der guten Regierungsführung und nachhaltigen Entwicklung im**

extraktiven Bereich auf der Regierungsebene. Finanzielle Unterstützung in Form von Kreditvergaben findet hierbei nicht statt⁵.

Kanada

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zur Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *National Roundtables on Corporate Social Responsibility and the Canadian extractive industry in developing countries;*
- *Kimberley Process Certification Scheme;*
- *Extractive Industries Transparency Initiative;*
- *The Mining Policy Research Initiative;*
- *Mineral Resources Sector Reform Project;*
- Forschungsprogramm der Internationalen Friedensakademie, *Economic Agendas in Civil Wars.*

Im aktuellen Diskussionsprozess um die Rolle kanadischer Produktionsunternehmen in Entwicklungsländern kommt dem kanadischen Außenministerium (DFAIT) eine große Bedeutung zu, weil es die bisherige Handhabung der Aktivitäten von Produktionsunternehmen durch die kanadische Regierung umgestellt hat. Dies geschah, nachdem der 38. Parlamentarische Ausschuss für Außenpolitik und internationalen Handel nach einer Reihe von Berichten über negative Auswirkungen der Aktivitäten kanadischer und anderer Unternehmen aus dem extraktiven Sektor auf die lokale Bevölkerung in Entwicklungsländern im Juni 2005 den **Bericht *Mining in Developing Countries - Corporate Social Responsibility*** vorgelegt hat. Darin wird die kanadische Regierung aufgefordert, unter Beteiligung von Regierung, Experten, Wirtschaftsvertretern und NGOs einen Prozess zur Stärkung existierender Programme und Einleitung neuer Maßnahmen im extraktiven Bereich in Gang zu setzen. Berichtsempfehlungen waren u.a., die Aktivitäten kanadischer Ressourcen- und Energieunternehmen in Drittländern sozial und ökologisch verantwortlich und in Berücksichtigung der internationalen Menschenrechtsstandards zu gestalten und neue Mechanismen zur Regulierung von Unternehmensaktivitäten einzuführen (SCFAIT, 2005, S. 1ff). In seinem Antwortschreiben betont DFAIT einerseits die positive Rolle von Auslandsinvestitionen, weil diese kanadische Exporte erhöhen und neue Arbeitsplätze schaffen können. Andererseits erwartet es von einheimischen Unternehmen, dass diese ihre Auslandsaktivitäten nach sozialen und ökologischen Standards gestalten. Die Realisierung der Ausschussempfehlungen könne indes durch praktische Herausforderungen wie unzureichende internationale Mechanismen zur Herstellung der *Corporate Social Responsibility* sowie mangelnden Einfluss auf ausländische Produktionsunternehmen verhindert werden, so DFAIT. Nichtsdestotrotz hat

⁵ Einige Beispiele dafür sind DFID-Projekte zur institutionellen Stärkung des Bergbaus in Afghanistan mit Förderung der guten Regierungsführung und Transparenz (Laufzeit 2004-2007), *Minerals Support Programme* in der Demokratischen Republik Kongo zur Förderung guter Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung (2007-2010), Beratungsprojekte zur Kontrolle der Diamantenindustrie und Armutsreduzierung in Sierra Leone (2001-2006) bzw. die Durchführung des *East African Goldmines*-Projekts in Tansania zwecks Verbesserung der Ressourcenpolitik und -verwaltung (ab 2000). Ausführliche Projektinformationen sowie weitere Projektbeispiele unter <http://aida.developmentgateway.org>

die Regierung schnell auf die Handlungsaufforderung des SCFAIT reagiert und gab ihre Absicht bekannt, der Problematik von Produktionsunternehmen in Entwicklungsländern mit einer Reihe von Maßnahmen zu begegnen, darunter die Initiierung von vier nationalen **Runden Tischen (roundtables) zum Thema *Corporate Social Responsibility and the Canadian extractive industry in developing countries***, Verbesserung internationaler CSR-Instrumente und Entwicklung von Richtlinien für sozial- und umweltverträgliches Engagement kanadischer Produktionsunternehmen im Ausland (DFAIT, 2005, S. 1ff).

Der SCFAIT-Bericht hat in Kanada einen intensiven Diskussionsprozess über die Rolle von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor in Entwicklungsländern ausgelöst. Eine vergleichbare Entwicklung ist bisher in keinem anderen Untersuchungsland zustande gekommen. Insbesondere die 2006 eingesetzten nationalen Runden Tische haben großes Lob sowohl von den kanadischen NGOs als auch von der Industrie erhalten, weil sie mit Vertretern aus Reihen der Unternehmen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften eine breite gesellschaftliche Basis an den Konsultationen beteiligt haben. Der zehnmonatige Beratungsprozess hat Empfehlungen an die Regierung formuliert, welche den kanadischen extraktiven Sektor zu nachhaltigem Handeln in Entwicklungsländern verpflichten sollten. Einige dieser Vorschläge wurden von der kanadischen Regierung bereits umgesetzt. So ist Kanada z.B. 2007 der ***Extractive Industries Transparency Initiative*** beigetreten und wird diese finanziell und technisch unterstützen. In der Frage des Beitritts zu den ***Voluntary Principles on Security and Human Rights*** steht die Entscheidung allerdings noch aus.

Insgesamt ist festzustellen, dass verantwortungsvolles Handeln von Produktionsunternehmen in Entwicklungsländern in Kanada ernst genommen wird. Der Grund dafür kann auch die Tatsache sein, dass der extraktive Sektor von jeher eine große Bedeutung für die kanadische Wirtschaft hat und fast 60 Prozent der internationalen Produktions- und Bergbauunternehmen ihren Sitz in Kanada haben. Kanada hat eigenständige Initiativen wie ***Mining Policy Research Initiative*** oder ***Mineral Resources Sector Reform Project*** ins Leben gerufen, welche soziale und ökologische Bedingungen in Entwicklungsländern durch direkte Arbeit mit der lokalen Bevölkerung verbessern wollen⁶. Auch nimmt das Land aktiv am **Kimberley-Prozess** zur Zertifizierung von Rohdiamanten teil. Für weitere internationale Initiativen zur Kontrolle der extraktiven Industrie waren in Kanada jedoch erst Diskussionsprozesse im Rahmen der Runden Tische ausschlaggebend, um die Notwendigkeit solcher Regulierungsvorhaben anzuerkennen, während viele andere untersuchte Geber die Problematik früher erkannt haben und bedeutenden Initiativen vor Kanada beigetreten sind.

⁶ **The Mining Policy Research Initiative** wurde vom kanadischen *International Development Research Centre* und mit Unterstützung von CIDA 1998 ins Leben gerufen. Sie beschäftigt sich mit lokalen Extraktionsprojekten in Südamerika und in der Karibik und arbeitet an der Herstellung der ökologischen Nachhaltigkeit, Biodiversität und am Dialog zwischen extraktiven Unternehmen und lokaler Bevölkerung. Vgl. www.idrc.ca. Mit dem ***Mineral Resources Sector Reform Project*** unterstützt CIDA administrative Reformen in Bolivien und Peru, um negative Auswirkungen extraktiver Aktivitäten auf die Umwelt und Bevölkerung zu reduzieren und neue Investitionen anzulocken. Es beinhaltet technische Unterstützung bei verschiedenen Aspekten des Abbaus von Ressourcen und Minenstandhaltung, Beratung bei Gesundheits-, Umwelt- und Sozialreformen sowie Trainings zu Sicherheit und Gesundheit der Bergarbeiter. Vgl. www.acdi-cida.gc.ca

Die Niederlande

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zu Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- Arbeitsbereich „Unternehmen in Konfliktgebieten“;
- *Kimberley Process Certification Scheme* (über die EU);
- *Extractive Industries Transparency Initiative*;
- *Voluntary Principles on Security and Human Rights*.

Die entwicklungspolitische Arbeit wird in den Niederlanden vom Generaldirektorat für Internationale Zusammenarbeit konzipiert und durchgeführt. Dieses ist dem Außenministerium untergeordnet und beschäftigt sich mit nachhaltiger ökonomischer Entwicklung und dem Umweltmanagement. Für den Themenbereich Ressourcenkonflikte ist das niederländische Außenministerium zuständig, das diesen oft in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden, allen voran dem Wirtschaftsministerium bearbeitet.

Die Auseinandersetzung mit der ökonomischen Dimension von Konflikten rief in den letzten Jahren ein breites Interesse der niederländischen Öffentlichkeit hervor. Dennoch hatte die Regierung des Landes lange keine Konzeptualisierung ihrer Strategie zu Unternehmensaktivitäten in Konfliktregionen entwickelt und richtete erst durch den Druck niederländischer NGOs ihre Aufmerksamkeit darauf: 2002 reichten die NGOs Pax Christi und *Nederlands instituut voor Zuidelijk Afrika* (NiZA) eine Anfrage an die Landesregierung, welche eine nationale Strategie zum verantwortlichen Handeln multinationaler Unternehmen in Krisenregionen forderte. Nach einer parlamentarischen Beratungsperiode hat der Minister für Entwicklungszusammenarbeit zusammen mit seinen Amtskollegen aus dem Außen- und Wirtschaftsministerium im Februar 2004 das **Positionspapier Unternehmen in Konfliktregionen** (*Ondernemen in conflictgebieden*) vorgelegt, welches sich mit Rolle und Verantwortung privater Akteure in Gewaltkonflikten beschäftigt. Darin wird hervorgehoben, dass Unternehmensaktivitäten in Krisengebieten ein ernst zu nehmendes Anliegen sei, das erst seit kurzem auf der internationalen politischen Agenda steht. Die Richtlinien zu seiner Regulierung befänden sich immer noch im Entwicklungsstadium (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 2004, S. 3f).

Nach Meinung der Berichtverfasser übt nur eine kleine Minderheit multinationaler Unternehmen negativen Einfluss auf das Geschehen in Konfliktländern aus, weil sie lokale Rechtsbestimmungen missachtet sowie Umwelt und Bevölkerung Schaden zufügt. Dabei gehe es laut Positionspapier primär um nichtniederländische Unternehmen. Die meisten der in Entwicklungs- und Konfliktländern operierenden Firmen trügen dagegen durch ihre gute gesellschaftspolitische Verankerung zu Prävention und Beilegung von Konflikten bei. Obwohl sich der Regierungsbericht nicht explizit auf Unternehmen der extraktiven Industrie bezieht, schließt er diese ein, weil viele Förder- und Bergbaufirmen in Entwicklungs- und Konfliktländern tätig sind. So wird insbesondere in Bezug auf Ressourcenkonflikte in der Demokratischen Republik Kongo, Uganda und Ruanda die Einsetzung von unabhängigen Kommissionen zur Untersuchung der Unternehmensaktivitäten beim illegalen Rohstoff- und Mineralienhandel befürwortet (ebd., S. 3f). Als weitere Handlungsempfehlungen zur Vorbeugung und Regulierung von Ressourcenkonflikten werden lokale Partnerschaften zwischen Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft genannt.

Bei konkreten Vorhaben zur Regulierung des extraktiven Sektors vertraut die niederländische Regierung auf die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene, um höhere Effektivität der Maßnahmen zu erreichen. Bilaterale Zusammenarbeit mit dem Bergbau und dem extraktiven Sektor der Entwicklungsländer, wie diese von Großbritannien und Kanada

praktiziert wird, findet in den Niederlanden nicht statt. Die niederländische Regierung sieht im **Kimberley-Prozess** und in der **Extractive Industries Transparency Initiative** generell eine positive Entwicklung, hat in ihrem Positionspapier aber die Überprüfung der Effektivität dieser Initiativen und eine Ausweitung der Kontrollmechanismen auf andere Ressourcen und Mineralien verlangt (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 2004, S. 19ff). Das Thema Unternehmen und Konflikte hat auch nach dem Erscheinen des Positionspapiers die Außenpolitik der Niederlande geprägt: *Corporate Social Responsibility* und *Business in conflict areas* bildeten einen Schwerpunkt der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2004. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft fand am 9. November 2004 auch die vom niederländischen Wirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium veranstaltete **EU Conference on Corporate Social Responsibility** statt. Trotz dieser inhaltlichen Fortschritte wurde die Position der Regierung von den NGO-Vertretern kritisch aufgenommen: Pax Christi monierte z.B., dass die Regierung keine konkreten Lösungen für die problematische Verbindung zwischen Unternehmensaktivitäten in Entwicklungsländern und Konflikten anbietet und nicht über die Empfehlung zur Kooperation zwischen verschiedenen Konfliktparteien hinausgeht (Schure, 2004, S. 21).

Unbestreitbar groß war in den Niederlanden die Lobbyarbeit der zu Ressourcenthematik agierenden nationalen und internationalen NGOs: Ohne ihre *agenda setting*-Funktion wären wichtige Aspekte der nationalen Diskussion über die Rolle der Unternehmensaktivitäten in Konfliktgebieten nicht zustande gekommen. So war es ein Verdienst der Zivilgesellschaft, dass das Thema Unternehmen in Konfliktgebieten neben *Corporate Social Responsibility* schwerpunktmäßig in der niederländischen EU-Konferenz behandelt und der Fokus der CSR-Maßnahmen mehr auf Entwicklungsländer gerichtet wurde.

Norwegen

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zu Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *Kimberley Process Certification Scheme*;
- *Extractive Industries Transparency Initiative*;
- *Voluntary Principles on Security and Human Rights*;
- Forschungsprogramm der Internationalen Friedensakademie, *Economic Agendas in Civil Wars*.

Die nationale EZ-Behörde *National Agency for Development Cooperation* (NORAD) ist in Norwegen dem Außenministerium unterstellt, das alle Fragen der Außenpolitik und der internationalen Zusammenarbeit regelt. Ihm obliegt auch die Verantwortung für Konfliktprävention und für Aktivitäten der im Ausland tätigen norwegischen Unternehmen. 1999 hat die norwegische Regierung die **Strategy for Norwegian Support for Private Sector Development in Developing Countries** verabschiedet, die wichtige Erkenntnisse über die Bedeutung von Investitionen ausländischer Unternehmen für Armutsreduzierung in Entwicklungsländern sowie die Notwendigkeit der Unterstützung der Tätigkeiten heimischer Unternehmen im Ausland beinhaltet. Als direkte Folge davon wurde die **Norwegian Confederation of Business and Industry (NHO)** gegründet, um die Zusammenarbeit zwischen norwegischen Unternehmen und NGOs sowie Regierungen und lokalen Unternehmen der Partnerländer voranzutreiben (Banfield et al., 2003, S. 76). Das Strategiepapier von 1999 ging nicht auf die Rolle norwegischer Unternehmen in Konfliktsituationen ein, eine detaillierte Untersuchung der Thematik lieferte erst die NHO-Studie zum Engagement der Großunternehmen in Konfliktregionen aus dem Jahr 2003. Diese vertritt die Ansicht, dass

Unternehmensaktivitäten in Entwicklungsländern und Konfliktregionen sowohl einen positiven Beitrag zur Stabilität und Entwicklung leisten, als auch negative Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften durch Menschenrechtsverletzungen oder die Umwelt haben können. Die NHO plädiert für ein verantwortliches Engagement externer Akteure, das potentielle schädliche Konsequenzen wirtschaftlicher Projekte in Betracht zieht, und bietet in ihrer Studie eine Checkliste zur Beurteilung von Verantwortung und Transparenz der Unternehmensaktivitäten (Norwegian Confederation of Business and Industry, 2003, S. 5ff).

Als größter norwegischer Wirtschaftszweig leistet die Erdölindustrie einen signifikanten Beitrag zur ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes. Aus der politischen Überzeugung, dass die Erdöleinnahmen nationales Eigentum sind und dem Wohlergehen aller Bevölkerungsschichten dienen sollen, ist eine transparente Ressourcenverwaltung hervorgegangen, die private Produktionsunternehmen unter staatlicher Aufsicht agieren lässt. Diese Ansicht vertritt Norwegen auch bei seiner Kooperation mit Entwicklungsländern und unterstützt lokale Regierungen seit Anfang der 1980er Jahre beim Ausbau des nachhaltigen Ressourcenmanagements. In einer Untersuchung aus dem Jahre 2005 hat eine Arbeitsgruppe des Außenministeriums zudem umfassende norwegische Expertise im Ressourcenbereich festgestellt und großen Bedarf an weiterer Beratung in Entwicklungsländern ermittelt. Daher will Norwegen eine Führungsrolle in der internationalen Diskussion über den Abbau von Ressourcen und Entwicklung einnehmen und verstärkt in bilaterale Beratungsprojekte investieren (Solheim, 2006, S. 3). Über im Ausland engagierte norwegische Produktions- und Energieunternehmen erteilt das Land Auskunft zu Maßnahmen in den Bereichen Rechtsprechung, Verwaltungs- und Regulierungsmechanismen, lokale wirtschaftliche Entwicklung sowie umweltpolitische Fragen und Management der Einkünfte aus dem Ressourcensektor.

Eine größere Transparenz der Ressourcenindustrie in Entwicklungsländern will Norwegen auch mit seiner aktiven Teilnahme an der ***Extractive Industries Transparency Initiative*** erreichen. 2007 hat das Land den EITI-Vorsitz von Großbritannien übernommen und betreibt seitdem das EITI *International Secretariat* in Oslo. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass alle Informationen über Einkünfte der norwegischen Rohstoffindustrie der Öffentlichkeit zugänglich sind. Im September 2007 hat Norwegen daher angekündigt, als erstes westliches Land die EITI-Grundsätze vollständig umzusetzen. Laut Entwicklungsminister Solheim will es dadurch seine Transparenzansforderungen an andere Länder selbst erfüllen und die eigene Glaubwürdigkeit im internationalen Kampf gegen Korruption in der Rohstoffindustrie erhöhen (Norwegian Ministry of Foreign Affairs, 2007, S.1).

Schweden

Initiativen und Maßnahmen mit Bezug zur Gewinnung natürlicher Ressourcen sind:

- *Kimberley Process Certification Scheme* (über die EU);
- *Extractive Industries Transparency Initiative* (über EBRD);
- Forschungsprogramm der Internationalen Friedensakademie, *Economic Agendas in Civil Wars*.

In den Dokumenten und Strategien der schwedischen Regierung zu Konfliktprävention findet keine spezielle Positionierung zur Rolle von Unternehmen im extraktiven Sektor statt. Bei konkreten Aktivitäten im Bereich Ressourcenkonflikte konzentriert sich Schweden in erster Linie auf die ökologische Komponente gewaltsamer Auseinandersetzungen, wie Konflikte um Verteilung von Wasser und Land oder ökologische Folgen von Gewaltkonflikten. Hierbei vertraut das Land auf die Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen

Gebern sowie auf Teilnahme an bereits etablierten Programmen. Beispielsweise beteiligt es sich seit den 1970er Jahren sehr aktiv an den **Umweltinitiativen der UN** und hat eine Reihe von Initiativen und Vorschlägen zur Verwaltung von Ressourcen hervorgebracht. So hat die schwedische Regierung auf dem *Global Compact Leaders Summit* im Juli 2007 ein neues Kooperationsmodell (**CEO Water Mandate**) zum verantwortlichen Management von Wasserressourcen durch multinationale Unternehmen vorgestellt. Im Juni 2007 hat das schwedische Außenministerium außerdem die Entscheidung bekannt gegeben, die Arbeit der **United Nations Environment Programme (UNEP)** zur Behebung ökologischer Schäden durch bewaffnete Konflikte mit 30 Millionen schwedischer Kronen zu unterstützen (www.swedenabroad.com).

Schweden führt keine eigenen Programme zur Regulierung von Aktivitäten privater Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor in Entwicklungsländern durch. Es hat mehrfach angekündigt, zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Kontrolle des Handels mit Rohdiamanten durch wissenschaftliche Arbeit und seine Beteiligung an internationalen Abkommen beitragen zu wollen. Um eigenes Wissen über die Auswirkungen von ökonomischen Faktoren auf bewaffnete Konflikte zu vertiefen, hat die schwedische Regierung 2000 bis 2003 das internationale **Forschungsprogramm der Internationalen Friedensakademie, Economic Agendas in Civil Wars**, unterstützt. Über seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union nimmt Schweden indirekt am **Kimberley-Prozess** teil, betreibt aber bis heute keine eigenständige Unterstützung dieser Initiative.

Thematisierung des Zusammenhangs zwischen Gewinnung natürlicher Ressourcen, fragiler Staatlichkeit und Konfliktgeschehen

Die Europäische Union

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative* (über EBRD);
- *EUEI Partnership Dialogue Facility*;
- Afrika-Strategie der Europäischen Union.

Die Europäische Union hebt die Bedeutung von Krisenprävention und Konfliktbearbeitung besonders hervor und hat diese Themen bereits in den 1990er Jahren zu einem Arbeitsschwerpunkt zusammengefasst (Banfield, 2003, S. 83). Auch der Themenbereich Ressourcenkonflikte wird mit steigender Intensität bearbeitet, so dass Überlegungen zur Entstehung und Behandlung von Konflikten um Nutzung und Verwaltung von natürlichen Ressourcen zunehmend in offiziellen Dokumenten und Strategien der Gemeinschaft wiedergegeben werden. So zeigten sich die EU-Mitgliedstaaten im **Göteborger Programm zur Prävention von gewaltsamen Konflikten** (*EU Programme for the Prevention of Violent Conflicts*) schon 2001 bereit, gegen die negativen Folgen des illegalen Handels mit Rohstoffen vorzugehen. Dabei wollten sie insbesondere Wege zur Auflösung der Verbindung zwischen Rohdiamanten und Konfliktgeschehen finden und den Kimberley-Prozess zur Unterbindung des Handels mit Blutdiamanten unterstützen (Europäische Union, 2001, S. 4). Die **Mitteilung der EU-Kommission zur Konfliktprävention** vom 11. April 2001 geht ausführlicher auf den Zusammenhang zwischen Naturschätzen und Konflikten ein: Einerseits unterstreicht sie den positiven Einfluss von Tätigkeiten internationaler Produktionsunternehmen auf die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern. Andererseits macht sie den Konkurrenzkampf um Verfügungsrechte und

Profite aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen, hier vor allem Diamanten, für viele gewaltsame Auseinandersetzungen verantwortlich (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2001, S. 19f)⁷.

Die 2005 erschienene **Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union** („Der Europäische Konsens“) spricht an mehreren Stellen die Problematik fragiler Staatlichkeit in Konfliktsituationen an. Die Europäische Union verpflichtet sich darin, ihre Anstrengungen bei der Prävention gewaltsamer Konflikte in Staaten mit schwachen Regierungsstrukturen zu verstärken und der Entstehung fragiler Staatlichkeit durch Reformen vorzubeugen. Die europäische Gemeinschaft soll darüber hinaus eine umfassende Strategie zur Prävention von fragiler Staatlichkeit und Konflikten ausarbeiten sowie Frühwarnsysteme zur Erkennung erster Anzeichen von Schwächung staatlicher Strukturen entwickeln. Sowohl schwache Regierungsführung als auch ungleiche Zugangsrechte zu natürlichen Ressourcen werden in der Gemeinsamen Erklärung als Grundursachen gewaltsamer Konflikte bezeichnet (Europäische Union, 2005, S. 9ff). So thematisiert auch die ein Jahr später erschienene **Mitteilung der Europäischen Kommission zur Governance im Rahmen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik** die Verbindung zwischen Ressourcen, guter Regierungsführung und Entstehung gewaltsamer Konflikte. Das Dokument betont den multidimensionalen Charakter der guten Regierungsführung in Kooperationsprogrammen und plädiert für einen ganzheitlichen Zugang zur Herstellung demokratischer *Governance*-Strukturen, welcher die politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und umweltökonomische Dimension einbezieht (Europäische Kommission, 2006, S. 6).

Die Europäische Union unterstützt indirekt die Prinzipien und Ziele der **Extractive Industries Transparency Initiative** über ihre Beteiligung an der *European Bank for Reconstruction and Development* (EBRD). Darüber hinaus haben die EU-Staaten 2002 auf dem Gipfel von Johannesburg die **Europäische Energieinitiative** (*EU Energie Initiative*, EUEI) ins Leben gerufen, welche auf eine bessere Versorgung der Entwicklungsländer mit Energie abzielt und dadurch gegen die Armut ankämpft. Im Rahmen dieser Initiative haben Österreich, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Großbritannien in Koordination mit der Europäischen Kommission 2005 die **EUEI Partnership Dialogue Facility (EUEI-PDF)** gegründet.

Eine Erwähnung verdient an dieser Stelle auch die regionale Initiative der Europäischen Union zu Afrika. Die Gewaltausübung in Verbindung mit natürlichen Ressourcen ist in Afrika besonders ausgeprägt, daher wird dieser Thematik ein besonderer Stellenwert in der **Afrika-Strategie der Europäischen Union** von 2005 eingeräumt. Insbesondere für zwei Regionen, die Mano-Fluss-Region in Westafrika und die Region von Sudan bis Kongo in Ost- und Zentralafrika, benennt die EU mangelhafte Verwaltung von natürlichen Ressourcen und schlechte politische Führung als Grundursachen für gewaltsame Konflikte und regionale Instabilität. Insbesondere Auseinandersetzungen über den Zugang zu und die Gewinnung von wertvollen Naturschätzen werden für den Ausbruch und den Verlauf vieler Konflikte verantwortlich gemacht (Europäische Kommission, 2005, S. 11f). Die Förderung effektiver Ressourcenverwaltung durch bessere Kontrolle und gerechtere Nutzung von Bodenschätzen kann laut der Europäischen Union zur Konfliktprävention und nachhaltigem Frieden beitragen. Daher erklärt sie es für

⁷ Dazu heißt es in der Mitteilung der EU-Kommission: „Häufig ist der Konkurrenzkampf um Naturschätze die eigentliche Ursache für Spannungen. Dies kann sowohl auf lokaler oder nationaler Ebene innerhalb einzelner Länder als auch im regionalen Kontext der Fall sein. ... Konflikte um geologische Ressourcen sind besonders augenfällig in vielen Teilen Afrikas (Liberia, Kongo-Brazzaville, Sudan usw.). Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang der illegale Diamantenhandel, mit dessen Profiten Konflikte geschürt werden. In vielen Fällen führt auch die Kontrolle über diese Einnahmequelle zu Konflikten“.

notwendig, Konfliktprävention in Afrika ganzheitlich zu betreiben und die Aktionsfelder Sicherheit, Entwicklung und demokratische Regierungsführung zu verbinden. Die EU wird deshalb weiterhin an der effektiven Implementierung des **Kimberley-Prozesses** arbeiten und mit afrikanischen Partnern zur Verbesserung der Kontrolle anderer potentieller Konfliktressourcen kooperieren (ebd., S. 21f). Dieses Vorhaben äußert sich unter anderem in der Entsendung der ersten Überprüfungsmission in die Zentralafrikanische Republik im Jahre 2003 sowie in der aktiven Mitarbeit der Europäischen Union in Evaluierungsgremien des Kimberley-Prozesses.

In der Praxis sind regulative Aktivitäten der Europäischen Union im Ressourcenbereich stark auf Afrika und auf die Kontrolle des Handels mit Konfliktdiamanten ausgerichtet. Die Erfahrungen aus dem **Kimberley-Prozess** könnten dabei durchaus als Vorlage für die Errichtung weiterer Kontrollinitiativen mit europäischer Beteiligung dienen. Um gute Akzeptanz und Durchführbarkeit zu gewährleisten, sollten diese allerdings auch lokale Interessengruppen in Entscheidungsprozesse über die Nutzung der Einkünfte aus der Gewinnung von natürlichen Ressourcen einbeziehen, weil die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Partnern vor Ort derzeit noch ausschließlich auf der Regierungsebene verläuft.

Die Weltbankgruppe

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative*;
- *Low Income Countries Under Stress (LICUS)*;
- *Partnership Africa Canada* (Geber).

Für die Weltbank sind Konfliktprävention und Wiederaufbau in Nachkriegssituationen ausschlaggebend für eine wirksame Armutsbekämpfung, da Armut und Konflikte einander in vielen Fällen bedingen und stabile wirtschaftliche Entwicklung verhindern. Daher beschäftigt sich eine interne Einrichtung, **Conflict Prevention and Reconstruction Unit**, explizit mit der Anpassung von Weltbankstrategien an die Bedürfnisse von Ländern in Konfliktsituationen. Darüber hinaus beschäftigt sich der **Post-Conflict Fund** mit der finanziellen Unterstützung von Wiederaufbauinitiativen in Nachkriegsgesellschaften und ist u.a. in Afghanistan, auf dem Balkan, im Irak, in Liberia, Sierra Leone und in Ost-Timor tätig. Viele dieser Länder sind von Konflikten um Besitz und Verteilung von Ressourcen betroffen, so dass die Weltbankgruppe in ihrem Handeln das Themenfeld Konfliktbearbeitung oft mit dem Bereich Ressourcenkonflikte verbindet.

Der Zusammenhang zwischen Gewinnung und Nutzung von Ressourcen einerseits und gewaltsamen Konflikten andererseits wird besonders deutlich auf der Internetseite der Weltbank hervorgehoben, wo der Themenbereich auf einer eigenen Seite *Natural Resources and Conflict* gesondert aufgeführt wird. Dort nennt die Weltbank fehlerhaftes Ressourcenmanagement und Unzufriedenheit über die Ressourcenverteilung, Partikularinteressen sowie Umweltschäden als potentielle Ursachen von Destabilisierung und Konflikten. Deshalb will sie darauf hinarbeiten, betroffene Länder im Ressourcenmanagement zu unterstützen und entwickelt Strategien für effektive Verwaltung und Nutzung von Ressourcen, auch durch bessere Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen. Als gelungene Beispiele für diesen Zugang wird das Projekt zur Modernisierung finanzieller Institutionen in **Angola** sowie das **Tschad-Kamerun Pipeline-Projekt** aufgeführt. In Angola hat laut Weltbank die lange Projektdauer, technische Assistenz durch weitere EZ-Projekte und das Engagement nationaler Akteure zu einer beachtlichen institutionellen Entwicklung und zur stabilen Projektimplementierung

in einer Postkonfliktsituation beigetragen (online über www.worldbank.org/conflict). Im Tschad-Kamerun-Projekt stellt die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft bei der Implementierungskontrolle sowie begleitende Projekte der Weltbank zur Reduzierung von ökologischen und sozialen Schäden und zur Erhöhung staatlicher Managementkapazitäten eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Vorhabens dar (Böge et al., 2006, S. 42f).

Bei der Betrachtung des Aktivitätsfeldes „fragile Staatlichkeit“ ist festzustellen, dass dieses nicht direkt mit der Ressourcenthematik in Verbindung gebracht wird. Die Weltbank befasst sich seit 2001 institutionell über eine spezielle **Task Force on Low-Income Countries Under Stress (LICUS)** mit der Problematik fragiler Staatlichkeit. Diese Initiative beschäftigt sich mit institutionellen Reformen und Armutsreduzierung in Staaten mit schwachen Verwaltungsstrukturen, oft auch mit konfliktbedingtem Rückgang politischer und wirtschaftlicher Leistung, geht aber nicht explizit auf die Thematik Ressourcenkonflikte ein (online über www.worldbank.org/licus). So stellen natürliche Ressourcen und fragile Staatlichkeit zwei getrennte Themenbereiche in den Aktivitäten der Weltbankgruppe dar. Die Weltbank fasst jedoch die Durchsetzung von Transparenz und guter Regierungsführung, beides Faktoren, die unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit nicht erfüllt werden, als eine Schlüsselaufgabe bei der Regulierung von Ressourcenkonflikten auf. Gleiches gilt für die Beteiligung der Weltbank an den **EITI-Prinzipien**.

Die Weltbankgruppe sieht einen Zusammenhang zwischen schwachen staatlichen Strukturen und Konfliktanfälligkeit eines Landes und kombiniert ihre Strategien in den Bereichen fragile Staatlichkeit und Konflikt, um betroffene Länder zu unterstützen und zu begleiten. So arbeiten Expertenteams der Weltbank im Rahmen des **Post Conflict Needs Assessment (PCNA)** eng mit nationalen Behörden und der UN zusammen, um einen integrierten Zugang zu *Peacebuilding* und wirtschaftlichem und sozialem Wiederaufbau zu entwickeln (online unter www.weltbank.org/licus)⁸. Finanziell trägt die Weltbank auch zur Durchführung der kanadischen *Good Governance*-Initiative in Afrika **Partnership Africa Canada** bei (vgl. Anm. 10).

Obwohl die Weltbank die Bedeutung natürlicher Ressourcen für die Entstehung und Verlauf von Konflikten anerkennt, hat sie bis heute keine eigene länderübergreifende Strategie zur Behandlung gewaltsamer Auseinandersetzungen um Gewinnung und Verteilung von Ressourcen hervorgebracht. Es existieren höchstens einzelne länderbezogene Weltbank-Projekte in Konfliktregionen wie die beiden oben aufgeführten Beispiele von Angola und Tschad-Kamerun, welche auf Regelung von Besitzverhältnissen und Vermeidung potentieller Konflikte zwischen lokaler Bevölkerung und Unternehmen des Ressourcensektors ausgerichtet sind. Diese Vorhaben laufen auf der nationalen Ebene der Empfängerländer ab, ohne dass lokale Akteure in den direkten Dialog über den Abbau von Ressourcen in ihren Wohngebieten einbezogen werden.

⁸ **Post-Conflict Needs Assessments (PCNAs)** werden von internationalen und nationalen Akteuren zur Konzeptionalisierung und Finanzierung von gemeinsamen Wiederaufbaustrategien in fragilen Staaten und Post-Konfliktsituationen genutzt. Mit dem gemeinsam entwickelten Mechanismus zur Unterstützung von PCNAs haben die Weltbank und die UN in den letzten Jahren bereits Bewertungen für die Situation im Irak, in Liberia, Haiti und im Sudan initiiert. Gegenwärtig wird der PCNA-Prozess auch in Somalia durchgeführt, vgl. <http://www.unsudanig.org/darfurjam/index.php?fid=intro>

Großbritannien

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative;*
- *EUEI Partnership Dialogue Facility;*
- *Africa Conflict Prevention Pool;*
- *Partnership Africa Canada* (Geber).

Die Prävention von Gewaltkonflikten nimmt eine prominente Stelle in der Arbeit der DFID ein. Mit dem neuen **Strategiepapier zur Konfliktprävention, *Preventing Violent Conflict***, hat sie im März 2007 eine Grundlage für die konfliktssensitive Ausrichtung seiner EZ-Projekte präsentiert. Dort werden sowohl der Mangel als auch der Reichtum an Bodenschätzen wie Erdöl, Mineralien oder Holz als Herausforderung für die Erhaltung des Friedens bezeichnet. DFID benennt die Verteilung von Profiten aus dem Ressourcenverkauf als Hintergrundfaktor für Konflikte, welcher vor allem in Westafrika, der Demokratischen Republik Kongo, Indonesien und Kambodscha zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt hat (DFID, 2006a, S. 5f). Ähnliche Position findet sich im **DFID-Strategiepapier zur guten Regierungsführung** aus dem Jahr 2007 (vgl. DFID, 2007, S. 9) sowie im **DFID-White Paper zur Beseitigung globaler Armut**. Im letzteren äußert die britische Regierung ihre Absicht, zur Unterbindung des Handels mit Konfliktressourcen auf die internationale Gemeinschaft einzuwirken, internationale Standards des Ressourcenmanagements in konfliktssensitiven Ländern durchzusetzen sowie eine UN-Expertenkommission zur Bewertung der Verbindung zwischen Ressourcen und Konflikten einzurichten (DFID, 2006b, S. 32f). Die ersten beiden Vorhaben werden bereits durch die aktive Teilnahme Großbritanniens am **Kimberley-Prozess** umgesetzt.

Die Verbesserung der Situation in fragilen Staaten, insbesondere solchen mit hohem Konfliktpotential, ist eine der wichtigsten Prioritäten der britischen EZ-Arbeit. Der regionale Schwerpunkt liegt hierbei auf Afrika südlich der Sahara und Südasien. Das 2005 erschienene **DFID-Strategiepapier zu fragilen Staaten** spannt den Bogen zwischen den Bereichen natürliche Ressourcen, fragile Staatlichkeit und Konfliktgeschehen und betont mehrfach die kausale Verbindung zwischen ihnen. So wird mangelnde Transparenz bei der öffentlichen Ressourcenverwaltung als Indikator für fragile Staatlichkeit aufgeführt. Weiter betont das Dokument, dass hochwertige natürliche Ressourcen in Kombination mit inadäquatem Management öffentlicher Finanzen zu Instabilität und Konflikthanfälligkeit führten. Daher identifiziert DFID die Verbesserung des Managements von Ressourceneinnahmen, finanzielle Transparenz und bessere Rechenschaftsvereinbarungen als vorrangige Ziele auf der Liste der politischen Reformen in fragilen Staaten (DFID, 2005, S. 8, 21f).

Auch konkrete Maßnahmen der britischen Regierung zur Prävention gewaltsamer (Ressourcen)Konflikte konzentrieren sich stark auf den afrikanischen Kontinent. So stellt Großbritannien beispielsweise personelle, technische und finanzielle Unterstützung für mehrere Friedensmissionen in Afrika zur Verfügung, darunter solche für die Befriedung der sudanesischen Darfur-Region und zur Entwicklung der *African Standby Force*. Auch hat die britische Regierung 2001 die Gründung zweier ressortübergreifender *Conflict Prevention Pools* initiiert, welche gezielt auf Vorbeugung gewaltsamer Handlungen hinarbeiten sollen. Der **Global Conflict Prevention Pool** konzentriert sich nicht explizit auf die Prävention von Ressourcenkonflikten, seine thematischen Schwerpunkte sind vielmehr *Security Sector Reform* und Kleinwaffen. Viele seiner Maßnahmen wie z.B. Verbesserung des Rechtssystems, Professionalisierung und

Transparenz nationaler Sicherheitsorgane sowie die Förderung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte verbessern gleichzeitig indirekt die staatliche Funktionsfähigkeit, welche wiederum besseres Ressourcenmanagement gewährleisten kann. Im ***Africa Conflict Prevention Pool (ACCP)*** stellen die Gewinnung natürlicher Ressourcen und ihre Rolle in Gewaltkonflikten dagegen einen prominenten thematischen Schwerpunkt dar. Die Zusammenarbeit mit **EITI** zielt auf die Eindämmung von ökonomischen und finanziellen Konfliktursachen in Unruheländern wie Nigeria, der Demokratischen Republik Kongo, Angola und Sierra Leone ab (DFID, 2004b, S. 11ff, 19). Darüber hinaus unterstützt DFID als Geber die ***Partnership Africa Canada*** (vgl. S. 26).

Kanada

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative;*
- *Partnership Africa Canada.*

Im Unterschied zu anderen Untersuchungsländern ist in Kanada in erster Linie das Außenministerium, *Department of Foreign Affairs and International Trade (DFAIT)*, und nicht die EZ-Behörde *Canadian International Development Agency (CIDA)* für die Themenfelder Konfliktprävention und Ressourcenkonflikte zuständig. Zwar identifiziert auch das neue **CIDA-Strategiepapier *Sustainable Development Strategy 2007-2009*** die Unterstützung von Umwelt- und Ressourcenmanagement als eine der vier Prioritäten kanadischer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Der Schwerpunkt entwicklungspolitischer Tätigkeiten liegt allerdings bei Gewinnung der umweltpolitischen Komponente des Ressourcenmanagements, nämlich bei nachhaltiger und umweltfreundlicher Regulierung der regenerierbaren Ressourcen Land und Wasser sowie bei der Herstellung besserer ökologischer Bedingungen für arme Bevölkerungsschichten (CIDA, 2006, S. VI, 25ff).

Das kanadische Außenministerium sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der Gewinnung lukrativer Mineralien und Ressourcen sowie der Entstehung gewaltsamer Konflikte in Entwicklungsländern, da Profite aus dem Ressourcenverkauf sowohl ein Anreiz für Gewaltausbrüche als auch ein Mittel zu Konfliktfinanzierung sein können. Vor allem Diamanten werden in diesem Kontext als Ursache blutiger Auseinandersetzungen in verschiedenen afrikanischen Ländern genannt (<http://geo.international.gc.ca/cip-pic/cip-pic/wareconomies-en.aspx>). Im Namen von Kanada, Australien und Neuseeland (CANZ-Gruppe) wurde diese Position auch vom kanadischen UN-Botschafter McNee in seiner **Stellungnahme zur UN-Debatte über Ressourcenkonflikte** im Juni 2007 zum Ausdruck gebracht. Darin unterstreicht McNee insbesondere die Bedeutung des UN-Sicherheitsrats beim Durchbrechen der Verbindung zwischen Ressourcen und Konflikten sowie bei der Unterstützung effektiver Ressourcenverwaltung in fragilen Staaten und Postkonfliktsituationen, weil viele potentielle Maßnahmen wie Verhängung und Überwachung von Sanktionen sowie Berücksichtigung der Ressourcenproblematik in friedenserhaltenden Einsätzen und *Peacebuilding*-Strategien durch den UN-Sicherheitsrat durchgeführt werden könnten. Nach dem Vorbild der Kooperation des UN-Sicherheitsrats mit den Einrichtungen des **Kimberley-Prozesses** hat die CANZ-Gruppe die Schaffung stärkerer Verbindungen innerhalb des UN-Systems und die Einbeziehung der *UN Peacebuilding Commission*, UNDP, internationaler Finanzinstitute und anderer Kontrollinitiativen wie **EITI** sowie des Privatsektors in die Regulierung von Ressourcenkonflikten verlangt (McNee, 2007, S. 1f).

Kanada unternimmt eine Reihe von Aktivitäten zur Aufhebung des fatalen Zusammenhangs zwischen Ressourcen und Konflikten. Neben seiner Teilnahme am **Kimberley-Prozess** hat das Land mehrere **UN-Resolutionen zu Konfliktdiamanten** mitgetragen⁹; mit **Partnership Africa Canada** unterstützt CIDA darüber hinaus seit 1986 eine kanadisch-afrikanische Initiative zur Förderung der nachhaltigen humanitären Entwicklung in Afrika¹⁰. Zusätzlich zu ihrem Fokus auf Konfliktdiamanten untersucht die kanadische Regierung gegenwärtig Möglichkeiten zur Regulierung von Konflikten unter Beteiligung anderer natürlicher Ressourcen, die fragile Staaten destabilisieren könnten. So wird überlegt, die Zertifizierungsmechanismen des Kimberley-Prozesses auf andere Ressourcenarten zu übertragen oder auch neue Kontrollmöglichkeiten für Handels- und Transportnetzwerke in Konfliktregionen auszuarbeiten.

Die Niederlande

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative;*
- *EUEI Partnership Dialogue Facility.*

Das aktuelle **entwicklungspolitische Strategiepapier** der niederländischen Regierung wurde im Oktober 2007 vorgelegt. Es bezeichnet Konflikte über Besitz und Verteilung von Ressourcen und fragile Staatlichkeit als ernstzunehmende Herausforderungen für die künftige globale Entwicklung. Insbesondere bei den Konflikten im Afrika südlich der Sahara wird das Streben nach Kontrolle über Energievorkommen als Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen identifiziert. Dies gilt auch für den Nahen Osten, Nigeria, Russland und Bolivien, wo Streitigkeiten über ungerechte und intransparente Verteilung von Energielieferungen laut dem Strategiepapier politische Spannungen und Instabilität verursachen. Auch das westliche und chinesische politische Engagement zur Sicherung nationaler Erdöl- und Erdgasvorräte kann nach Meinung der niederländischen Regierung Konflikte fördern und dauerhafte Lösungen für Armut und Konflikte in Entwicklungsländern verhindern (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 2007, S. 6).

Während die Niederlande in ihrem Strategiepapier fragile Staaten als einen der vier Schwerpunkte ihrer künftigen entwicklungspolitischen Tätigkeit definieren, gehen sie nicht explizit auf die Verbindung zwischen Ressourcenkonflikten und staatlicher Fragilität ein. Das **Positionspapier Unternehmen in Konfliktregionen** von 2004 thematisiert die Verbindung von Ressourcenmanagement unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit und die Rolle des Abbaus illegaler Ressourcen bei der Finanzierung von Gewaltkonflikten. Der Frage des effektiven Ressourcenmanagements wird allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Im Vergleich zu anderen untersuchten Akteuren unterstützt die niederländische Regierung internationale Regulierungsinitiativen im Ressourcenbereich, plädiert aber zugleich auch dafür, Rohstoffvorkommen

⁹ Die UN-Generalversammlung hat im Jahre 2000 mit der **Resolution A/RES/55/56** eine Stellungnahme zur Rolle von Diamanten in Konfliktfinanzierung verabschiedet, um die Verbindung zwischen illegalem Diamantenhandel und Gewaltkonflikten hervorzuheben. Zu den länderspezifischen UN-Resolutionen zu Konfliktdiamanten gehören die **Resolutionen 1173 (1998) und 1176 (1998) des UN-Sicherheitsrats** über den Kaufverbot von nicht zertifizierten Diamanten aus Angola sowie die **Sicherheitsrat-Resolution 1306 (2000)** über den Importverbot von nicht zertifizierten Rohdiamanten aus Sierra Leone, vgl. <http://www.un.org/peace/afrika/Diamond.html> (Stand: 29.10.2007).

¹⁰ **Partnership Africa Canada (PAC)** wurde 1986 mit Unterstützung von CIDA gegründet und vereint kanadische und afrikanische NGOs in Projekten zum Afrika südlich der Sahara. Die beiden Schwerpunkte der Initiative sind Entwicklung der Zivilgesellschaft in Afrika sowie Forschung, Trainings und Lobby-Arbeit in Bezug auf Konfliktdiamanten. Durch ihre Programme tritt PAC für die Legalisierung und Transparenz des Diamantenhandels und treibt den Dialog zwischen den Vertretern der Diamantenindustrie, Regierungen und afrikanischen NGOs voran, um ressourcenbasierte Konflikte zu unterbinden. Siehe www.pacweb.org

eines Konfliktlandes unter die Aufsicht von internationalen Friedensstreitkräften zu stellen, um den Zusammenhang zwischen Ressourcen und Konflikten in Staaten mit schwacher Regierungsführung zu durchbrechen (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 2004, S. 20). Andere untersuchte Länder und Institutionen vertrauen dagegen allein auf freiwillige Kooperation mit ressourcenreichen Konfliktländern und setzen sich mehrheitlich für den Ausbau internationaler Kontroll- und Zertifizierungsmechanismen nach dem Muster des Kimberley-Prozesses ein, um die fatale Verbindung von Ressourcen und Konflikten zu durchtrennen.

Neben der Teilnahme an internationalen Initiativen zur Regulierung der Aktivitäten von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor haben die Niederlande 2003 ein ***Africa Memorandum*** veröffentlicht. Ihm ist zu entnehmen, dass die niederländische Konfliktpräventionspolitik vorrangig auf das Afrika südlich der Sahara ausgerichtet ist, dort vor allem auf die Region der Großen Seen und das Horn von Afrika. Außer der Errichtung lokaler Frühwarnsysteme zu Prävention potentieller Konflikte beschäftigt sich der zweite Schwerpunkt niederländischer Aktivitäten in Afrika mit Aktivitäten im Bereich *Disarmament, Demobilization und Reintegration* (DD&R), Kleinwaffenkontrolle und Regulierung des Rohstoffhandels in Angola, Côte d'Ivoire, Liberia, Somalia und Sudan, die alle von der Konstellation Ressourcenreichtum, hohes Konfliktpotential und schwache Staatlichkeit betroffen sind. Diese Präventionsarbeit wird aus dem ***Stability Fund des niederländischen Außenministeriums*** finanziert, welcher zur Unterstützung von Projekten an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit geschaffen wurde (www.minbuza.nl; Warnecke, 2006, S. 12).

Norwegen

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Oil for Development Initiative;*
- *Extractive Industries Transparency Initiative.*

Ein wichtiges Ziel norwegischer Außenpolitik ist es, eine führende Rolle im internationalen Prozess der Zusammenführung von humanitärer Hilfe, Friedens- und Versöhnungspolitik sowie Entwicklung in einem multidimensionalen Zugang einzunehmen. Krisenprävention und Friedenskonsolidierung gehören daher zu den vorrangigen Aufgaben des Außenministeriums (Banfield, 2003, S. 77). Trotz dieser generellen Erklärung ist anzumerken, dass die Verknüpfung zwischen Ressourcengewinnung und Konfliktgeschehen in Entwicklungsländern erst seit einigen Jahren thematisch in der Politik des Landes berücksichtigt wird. Die außenpolitisch tätigen Regierungsmitglieder stellen darüber hinaus auch den Zusammenhang zwischen schlechter Regierungsführung, Ressourcenreichtum und Konflikthanfälligkeit fest (www.rejeringen.no).

Mittlerweile gibt es eine Fülle an Regierungsprogrammen und -initiativen zur Erhöhung der Unternehmensverantwortung in Konfliktgebieten. Im Rahmen des aktiven Engagements norwegischer Energie- und Ressourcenunternehmen in Entwicklungsländern entstand eine große Auswahl an Einrichtungen, bei denen norwegische und lokale Unternehmen aus den Partnerländern direkt zusammenarbeiten. Dazu gehören die bereits erwähnte ***Norwegian Confederation of Business and Industry (NHO)*** (vgl. S. 18) sowie **KOMPakt**, das 1998 eingerichtete Programm zur Verankerung menschenrechtlicher Aspekte in den Praktiken international agierender Großunternehmen¹¹. Dies sind reine Beratungsprogramme, die auf

¹¹ **KOMPakt** ist ein Programm des norwegischen Außenministeriums, welches sich für ethische und soziale Verantwortung der Unternehmen für positive Entwicklung in Partnerländern einsetzt. Es will Menschenrechte in

freiwilliger Teilnahme und Mitarbeit norwegischer Unternehmen basieren und keine regulativen oder sanktionierenden Funktionen beinhalten.

Während die NHO und KOMpakt mit Firmen aus allen wirtschaftlichen Branchen arbeiten, ist die bilaterale *Oil for Development Initiative (OfD)* speziell an der Schnittstelle zwischen Ressourcengewinnung und Konfliktprävention angesiedelt. Sie wurde 2005 aufgrund wachsender Nachfrage nach norwegischer Beratungstätigkeit im Ressourcensektor gegründet und soll Entwicklungsländern im sozial- und umweltverträglichen Management von Erdöl assistieren. Die OiD wird in ressortübergreifender Kooperation von Außen-, Energie-, Finanz- und Umweltministerien durchgeführt, wobei ihr Sekretariat von NORAD koordiniert wird. Zu ihren Themenschwerpunkten gehört Beratung der Entwicklungsländer zum Ressourcenmanagement und Umweltschutz. Der Bezug zur Herstellung guter Regierungsführung und Transparenz in den Partnerländern gibt der Initiative einen multidimensionalen Charakter. 2006 wurden fünfzehn erdölbereiche Länder Afrikas und Asiens, darunter die Konfliktländer Angola, Irak, Nigeria, Sudan und Timor Leste, in langfristigen Projekten zur effektiven Verwaltung ihrer Erdölvorräte beraten (www.norad.no/petroleum). Sowohl für Oil for Development als auch für die NHO gilt, dass ihre Kooperationsangebote einseitig auf Regierungen und Regierungseinrichtungen (OiD) bzw. auf lokale Unternehmen (NHO) der Partnerländer ausgerichtet sind, während weitere lokale Akteure wie Kommunen oder Zivilgesellschaft unberücksichtigt bleiben.

Schweden

Initiativen und Maßnahmen zur Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen sind:

- *Extractive Industries Transparency Initiative* (über EBRD);
- *EUEI Partnership Dialogue Facility*;
- Schwedische Afrika-Strategie.

Nachhaltige Entwicklung und Verwaltung natürlicher Ressourcen ist einer der acht Hauptbereiche in der Gestaltung der schwedischen Entwicklungspolitik (online unter www.sweden.gov.se). Dieser wird in außen- und entwicklungspolitischen Strategiepapieren oft in Verbindung mit der Notwendigkeit erwähnt, gewaltsame Konflikte zu unterbinden. Bereits das 2001 unter der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft erschienene **Strategiepapier zur Konfliktprävention** identifiziert Ressourcenknappheit und ungleiche Verteilung natürlicher Ressourcen als potentielle Konfliktursachen, welche in Verbindung mit anderen strukturellen Faktoren und katalysierenden Ereignissen die Entstehung gewaltsamer Auseinandersetzungen begünstigen können. Daher wird die Förderung von Projekten zur nachhaltigen Ressourcenverwaltung als eine langfristige Aufgabe schwedischer Politik zu Konfliktprävention und -management angesehen, da sie betroffene Gesellschaften sozial und ökonomisch stützt und als stabilisierende Maßnahme zur Prävention von Gewaltausbrüchen wirken kann (Ministry for Foreign Affairs Sweden, 2001, S. 25ff).

Unternehmensstrategien einbeziehen und Lösungen für wirtschaftliches Engagement in Ländern mit Menschenrechtsverletzungen anbieten, indem es als Forum zum Austausch zwischen industriellen Vereinen, Gewerkschaften, menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen NGOs, Wissenschaft und Regierung agiert (Banfield, 2003, S. 77).

Die schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA) hat 2005 eine neue **Strategie zur Förderung von Frieden und Sicherheit durch Entwicklungszusammenarbeit** veröffentlicht, welche sich mit dem Engagement des Landes bei der Prävention gewaltsamer Konflikte befasst. Dort werden neben anderen Faktoren auch nachhaltige Nutzung und Kontrolle natürlicher Ressourcen als Mittel zur Einhaltung von Frieden und Sicherheit genannt. Mehr noch, es wird von einer sich gegenseitig fördernden Beziehung zwischen Frieden und nachhaltiger Nutzung von Ressourcen gesprochen, so dass Frieden die Ressourcenverwaltung unterstützt und nachhaltiges Ressourcenmanagement zum Frieden beiträgt (SIDA, 2005, S. 6). SIDA identifiziert ungerechte Ressourcenverteilung als eine strukturelle, lang anhaltende Hintergrundursache für Gewaltkonflikte und will daher mit strukturellen Initiativen dagegen vorgehen. Als Beispiele für konkrete Maßnahmen werden hier Programme zur Verringerung der volkswirtschaftlichen Abhängigkeit von konfliktträchtigen natürlichen Ressourcen wie Holz, Erdöl und Diamanten genannt. Zudem sollen Initiativen zur Kontrolle von Diamanten- und Holzabbau die ressourcengebundene Finanzierung von Gewaltkonflikten und somit weiteres Konfliktgeschehen unterbinden. Zugleich wird die Notwendigkeit unterstrichen, auf die Förderung von guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten hinzuwirken. Die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Staates kann laut SIDA die Grundlagen für Gewaltkonflikte beseitigen und Konfliktressourcen, unter anderem Diamanten und Holz, kontrollieren. Initiativen zur Verringerung der Korruption bei der Gewinnung von und beim Handel mit natürlichen Ressourcen seien wichtig (SIDA, 2005, S. 16f).

Bei konkreten Initiativen im Bereich Konfliktprävention findet sich die Verbindung zwischen Konfliktressourcen und fragiler Staatlichkeit in der **schwedischen Afrika-Strategie**, *Strategy for the Swedish Support to the African Great Lakes Region, 2004-2008*, wieder. Dort wird der negative Einfluss ökonomischer Faktoren wie illegale Gewinnung und Handel mit Diamanten sowie allgemeine Ressourcenknappheit auf den Verlauf von Konflikten und Kriegen thematisiert. Als Lösung plädiert Schweden für ein umfassendes Verständnis der Problematik der Konfliktressourcen. So findet z.B. bei der regionalen Kooperation Schwedens mit den Ländern der Region der Großen Seen neben der Unterstützung demokratischer Werte und von Menschenrechten auch die nachhaltige Verwaltung natürlicher Ressourcen Beachtung (Ministry for Foreign Affairs Sweden, 2004, S. 11). Außerdem zählt Schweden zu den Förderern der **EUEI Partnership Dialogue Facility (EUEI-PDF)** und nimmt als Anteilseigner der EBRD auch an der **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)** teil.

Fazit

In der Auseinandersetzung der internationalen Gemeinschaft mit gewaltsamen Konflikten um Förderung, Nutzung und Verteilung von Ressourcen ist durchaus Bewegung zu verzeichnen. Einerseits haben internationale NGOs durch Kampagnen, Ausstellungen und Filme die Öffentlichkeit sensibilisiert. Seit Ende der 1990er Jahre fand das Thema andererseits auch zunehmend in die außen- und entwicklungspolitischen Strategien der internationalen Gebergemeinschaft Eingang, wo mehrere Initiativen zur Regulierung der Unternehmen im extraktiven Sektor und zur Erhöhung der *Corporate Social Responsibility* der multinationalen Konzerne in Umwelt- und Menschenrechtsfragen zustande gekommen sind. Bestes Beispiel dafür ist das Zertifizierungssystem des **Kimberley-Prozesses**, der bereits mehr als 70 Teilnehmerstaaten verzeichnet und mit einer Mischung aus verbindlichen Regelungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen der extraktiven Industrie operiert. Auch ***Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)*** konzentriert sich auf die Aktivitäten großer Unternehmen, um Einkünfte und Interdependenzen des extraktiven Sektors transparenter zu gestalten. Die meisten dieser Initiativen sind jedoch freiwillig, so dass sich die Frage, wie diese Verpflichtungen umgesetzt werden sollen, stellt. Auch sollte die Implementierung (*enforcement*) und Beobachtung von Implementierungsprozessen (*monitoring*) bei regulativen Bestimmungen gewährleistet werden.

Fasst man nun die Ergebnisse der Darstellung bereits entwickelter Positionen und Strategien der für deutsche Entwicklungspolitik relevanten Geberinstitutionen zusammen, wird deutlich, dass das Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen extraktiven Industrien und Konflikten bei allen untersuchten Akteuren vorhanden ist. Allerdings haben sich nicht alle Institutionen und Nationalstaaten gleichermaßen intensiv damit auseinandergesetzt. Die Reaktion eines Akteurs auf Berichte über negative Auswirkungen der Aktivitäten von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor der Entwicklungsländer fiel umso deutlicher aus, je größer sein technisches und finanzielles Engagement in den Gewinnungsvorhaben der Partnerländer war. So unterhalten die Weltbank, die EU-Einrichtung EIB, Großbritannien und Kanada eine Vielzahl bilateraler EZ-Projekte im extraktiven Sektor der Entwicklungsländer. Entsprechend deutlich haben sie sich zu den Berichten über negative Folgen der Aktivitäten von Produktionsunternehmen in diesem Sektor positioniert, sei es anhand einer Untersuchung (Weltbank), einer Stellungnahme (EIB, Großbritannien) oder eines politischen Diskussionsprozesses (Kanada). Die Niederlande und Norwegen betreiben zwar keine entwicklungspolitische Unterstützung im Rahmen von Abbauprojekten, dennoch nimmt der Abbau von Ressourcen in den Entwicklungsländern eine prominente Stellung in ihrer politischen Agenda ein, da viele große Förderunternehmen von ihrem Territorium aus agieren. Schweden beschäftigt sich als einziger untersuchter Akteur nicht mit Produktionsunternehmen in diesem Sektor und konzentriert sich vielmehr auf die umweltpolitische Komponente der Ressourcenthematik.

Jedes untersuchte Land bzw. Organisation beteiligt sich an mehreren multilateralen Regelwerken, welche die Gewinnung natürlicher Ressourcen thematisieren. Einige EU-Staaten nehmen auch indirekt über ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union daran teil. Dies betrifft vor allem die Niederlande und Schweden, die ein geringeres politisches Engagement im Bereich extraktiver Industrien aufweisen und in erster Linie auf Kooperation mit anderen nationalen und internationalen Gebern sowie auf die EU-Teilnahme an bereits etablierten Initiativen wie **Kimberley-Prozess** oder **EITI** vertrauen. Wie die am Anfang aufgeführte Übersicht der multilateralen Initiativen zeigt, sind es meist internationale Organisationen wie die Europäische Union, die OECD oder die UN, die große Initiativen mit Bezug zur Ressourcengewinnung in

Entwicklungsländern ins Leben rufen, z.B. bei der Gründung der EUEI und EUEI-PDF (EU), *OECD Guidelines for Multinational Enterprises* (OECD) und *UN Global Compact* (UN). Manchmal agieren aber auch einzelne Länder als Impulsgeber für wichtige Vorhaben. So hat z.B. Großbritannien die *Extractive Industries Transparency Initiative* ins Leben gerufen.

Die Problematik der Ressourcenkonflikte und der Zusammenhang zwischen Ressourcen und Konfliktdynamik werden von allen untersuchten Akteuren thematisiert. Meist wird dies in Strategiepapieren und öffentlichen Stellungnahmen zur Konfliktprävention zum Ausdruck gebracht. Die Niederlande betreiben darüber hinaus auch einen Arbeitsbereich zu Unternehmensaktivitäten in Konfliktregionen. Einzelne Länder und Organisationen setzen sich außerdem wissenschaftlich mit der Problematik der Ressourcenkonflikte auseinander, indem sie Forschungsprogramme zu diesem Thema durchführen (z.B. **Forschungsprogramm *Economic Agendas in Civil Wars*** der *International Peace Academy*). Diese aktive programmatische Auseinandersetzung spiegelt sich aber nicht immer in einer konfliktsensitiven Gestaltung der Außenpolitik wieder. Oft wird die spezifische Konstellation extraktive Industrie und Gewaltkonflikte in den bestehenden Initiativen zu Konfliktprävention nur am Rande behandelt. Wird darüber hinaus der Zusammenhang zwischen Gewinnung natürlicher Ressourcen, fragiler Staatlichkeit und Konfliktgeschehen thematisiert, wollen viele Geber die *Corporate Social Responsibility* der Produktionsunternehmen und gute Regierungsführung in den Empfängerländern stärken, um Konflikte über Gewinnung, Nutzung und Verteilung von Ressourcen zu vermeiden oder beizulegen. Die untersuchten Akteure unterhalten keine gesonderten Programme zur Behandlung von Ressourcenkonflikten in fragilen Staaten, weil diese Thematik mit bestehenden Initiativen zur Herstellung von Transparenz im Ressourcensektor und guter Regierungsführung wie der EITI, EUEI-PDF und *Voluntary Principles on Security and Human Rights* abgedeckt wird. Jedes Land oder Organisation hat außerdem einen starken regionalen Schwerpunkt auf das Afrika südlich der Sahara und kann eigene Strategien und Programme zur Behandlung von Krisen in afrikanischen Ländern vorweisen. Damit befinden sich Ressourcenkonflikte unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit zwangsläufig im Blickwinkel internationaler Aufmerksamkeit, weil die Kombination aus Ressourcenreichtum, schwacher Regierungsführung und Konflikten verstärkt auf dem afrikanischen Kontinent auftritt.

In Bezug auf die Aktivitäten von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor ist anzumerken, dass trotz ihrer Bedeutung für die Entstehung und den Verlauf von Konfliktsituationen mit dem **Kimberley-Prozess** und der **EITI** bis heute nur zwei multilaterale Vorhaben mit Regierungsbeteiligung zur Behandlung dieser speziellen Fragestellung existieren. Weitere Initiativen zur Regulierung der Handels- und Transportnetzwerke für Konfliktressourcen wären notwendig, welche mit verpflichtenden Maßnahmen operieren und andere Rohstoff- und Mineralienarten neben Rohdiamanten einschließen. Außerdem konzentrieren sich bestehende Initiativen auf die Regierungsebene, so dass lokaler Interessensgruppen nicht in Entscheidungsprozesse über Verteilung und Nutzung der Einkünfte aus dem Abbau natürlicher Ressourcen einbezogen werden. Zwar arbeiten einige Einrichtungen wie die in der Weltbank angesiedelte ***Communities and Small-Scale Mining Organisation*** bzw. das kanadische ***Mineral Resources Sector Reform Project*** speziell mit Akteuren der lokalen Ebene zusammen. Sie fördern jedoch nur kleinere extraktive Projekte der lokalen Bevölkerung und kooperieren darin direkt mit den kommunalen Strukturen, ohne auf die Aktivitäten multinationaler Unternehmen einzugehen und bei eventuell auftretenden Spannungen zwischen den beiden Parteien zu vermitteln.

Die Problematik wird bei Konflikten in fragilen Staaten bzw. Krisengebieten zusätzlich dadurch verstärkt, dass generelle Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit dort nicht greifen. Fragile Staaten verfügen über keine funktionierenden staatlichen Verwaltungsstrukturen, die für die Implementierung der Abkommen über bi- oder multilaterale Entwicklungszusammenarbeit und eine sinnvolle Verteilung der Mittel notwendig sind. Wegen der Ausrichtung entwicklungs-politischer Vorhaben auf die nationale Ebene der Empfängerländer bleibt die Frage unbeantwortet, wie internationale EZ-Akteure gegen lokale Verteilungs- und Besitzkonflikte im extraktiven Bereich unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit vorgehen wollen.

Auch wenn es noch ein weiter Weg ist zum verantwortlichen Handeln von Produktionsunternehmen im extraktiven Sektor und zu gerechter Ressourcenverwaltung in den Entwicklungsländern, so ist bei der Prävention und Beilegung von Ressourcenkonflikten doch viel Bewegung sichtbar. Die letzten zehn Jahre waren von einem wachsenden Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft über die Verbindung zwischen Ressourcenreichtum und Gewaltkonflikten gekennzeichnet und brachten einige vielversprechende Initiativen zum effizienten und effektiven Ressourcenmanagement hervor. Wichtig ist, dass dieser Prozess weiter an Anerkennung gewinnt und zur dauerhaften Wohlstandserhöhung in Entwicklungsländern beitragen kann, so dass sich der ‚Fluch der Ressourcen‘ in einen wirtschaftlichen und sozialen Segen für die armutsgeplagte Bevölkerung verwandelt.

Bibliographie

- Banfield, Jessica et al. 2003. *Transnational corporations in conflict prone zones: Public policy responses and a framework for action*. London: International Alert.
- Böge, Volker et al. 2006. *Who's Minding the Store?* Brief 32. Bonn: BICC.
- Canadian International Development Agency. 2006. *Sustainable Development Strategy 2007-2009*. Gatineau: CIDA.
- CIDA. S. Canadian International Development Agency.
- Department for International Development. 2007. *Governance, development and democratic politics. DFID's work in building more effective states*. London: DFID.
- Department for International Development. 2006a. *Preventing Violent Conflict*. London: DFID.
- Department for International Development. 2006b. *Eliminating world poverty. Making governance work for the poor*. London: DFID.
- Department for International Development. 2005. *Why we need to work more effectively in fragile states*. London: DFID.
- Department for International Development. 2004a. "United Kingdom position on the World Bank response to the Extractive Industries Review (EIR)". *DFID press release*. 17. August. Online unter <http://www.dfid.gov.uk/News/files/update-extractiveindustriesreview-full.asp> (Stand: 01.10.2007).
- Department for International Development. 2004b. *The Africa Conflict Prevention Pool. An information document*. London: DFID.
- Department of Foreign Affairs and International Trade. 2005. *Mining in developing countries – Corporate social responsibility: The Government's response to the report of the Standing Committee on Foreign Affairs and International Trade*. Ottawa: DFAIT.
- DFAIT. S. Department of Foreign Affairs and International Trade.
- DFID. S. Department for International Development.
- Europäische Investitionsbank. 2004. *Bericht über die Rohstoffgewinnung („Extractive Industries Review“)*. *Die Position der Europäischen Investitionsbank*. Online unter http://eib.eu.int/Attachments/thematic/extractive_industries_de.pdf (Stand: 21.07.2007).
- Europäische Kommission. 2007. *European Commission Check-list for Root Causes of Conflict*. Online unter http://ec.europa.eu/external_relations/cfsp/cpcm/cp/list.htm (Stand: 21.07.2007).
- Europäische Kommission. 2006. „Die Governance im Rahmen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik. Schritte für ein harmonisiertes Konzept in der Europäischen Union“. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. 30. August. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission and EUEI. 2006. *The EU Energy Initiative. Increasing access to energy for poverty eradication and sustainable development*. Online unter <http://europa.eu.int> (Stand: 19.07.2007).
- Europäische Kommission. 2005. *EU Strategy for Africa: Towards a Euro-African pact to accelerate Africa's development*. Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee. Brüssel: Europäische Kommission.

- Europäischer Rat. 2007. *From Conflict Diamonds to Prosperity Diamonds*. 2007 Programme of Action for the Kimberley Process. Online unter http://ec.europa.eu/external_relations/kimb/docs/actionplan_2007.pdf (Stand: 21.07.2007).
- Europäische Union. 2005. *Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik. Entwicklung als Herausforderung*. Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union: „Der Europäische Konsens“. Brüssel: Europäische Union.
- Europäische Union. 2001. *EU Programme for the Prevention of Violent Conflict*. Online unter www.eu2001.se (Stand: 19.07.2007).
- IDA. S. International Development Association.
- International Development Association. 2007. *Operational Approaches and Financing in Fragile States*. Washington, DC: IDA.
- Johnson, Dominic et al.. 2007. *Von der Gewalt- zur Friedensökonomie. Deutsche Unternehmen in der Demokratischen Republik Kongo*. Berlin: Ökumenisches Netz Zentralafrika und Forum Menschenrechte.
- Kahl, Marius, Verena Kantel, Wolf-Christian Paes, Jolien Schure und Evelien Weller. 2007. *Armer reicher Kontinent. Konfliktressourcen in Afrika*. Bonn: BICC.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 2001. *Mitteilung der Kommission zur Konfliktprävention. KOM(2001)211*. Brüssel: EU-Kommission.
- McNee, John. 2007. "CANZ statement by Ambassador McNee to the Security Council on Natural Resources and Conflict". Juni 2007. Online unter http://geo.international.gc.ca/canada_un/new_york/statements/unsc_statements-en.asp?id=9904&content_type=2
- Ministerie van Buitenlandse Zaken. 2007. *Een zaak van iedereen. Investeren in ontwikkeling in een veranderende wereld*. Den Haag: Ministerie van Buitenlandse Zaken.
- Ministerie van Buitenlandse Zaken. 2004. *Ondernemen in conflictgebieden. Brief van de ministers voor Ontwikkelingssamenwerking, van Economische Zaken en van Buitenlandse Zaken*. Den Haag: Ministerie van Buitenlandse Zaken.
- Ministry for Foreign Affairs Sweden. 2004. *Strategy for Sweden's development cooperation with the African Great Lakes Region, including country strategies for Rwanda, the Democratic Republic of the Congo and Burundi. November 2004-December 2008*. Stockholm: Ministry for Foreign Affairs Sweden.
- Ministry for Foreign Affairs Sweden. 2001. *Preventing Violent Conflict. Swedish Policy for the 21st Century*. Government communication 2000/01:2. Stockholm: Ministry for Foreign Affairs.
- Norwegian Confederation of Business and Industry. 2003. "Corporate actors in zones of conflicts. Responsible engagement". OSLO: NHO.
- Norwegian Ministry of Foreign Affairs. 2007. "Norway at the forefront of extractive industries transparency efforts". Pressemitteilung. 27. September.

- Sarin, Rebekka et al.. 2006. *Tarnished Gold: Mining and the Unmet Promise of Development*.
Online unter <http://www.earthworksaction.org/pubs/TarnishedGold.pdf> (Stand
16.07.2007).
- SCFAIT. S. Standing Committee on Foreign Affairs and International.
- Schure, Jolien. 2004. "Business in conflict areas – the need for a European policy". Report of
International Expert Meeting in Brüssel, 8.-9. Dezember 2003.
- SIDA. S. Swedish International Development Cooperation Agency.
- Solheim, Erik. 2006. "The role of the business sector in international development policy".
Opening address at the business sector conference on development cooperation.
Oslo, 14. September.
- Standing Committee on Foreign Affairs and International Trade. 2005. *Fourteenth report:
Mining in developing countries – Corporate social responsibility*. June 2005. Ottawa:
SCFAIT.
- Stockmann, Lorne and Greg Muttitt. 2005. *Pumping poverty. Britain's Department for
International Development and the oil industry*. London: Plattform Research.
- Swedish International Development Cooperation Agency (). 2005. *Promoting Peace and
Security through Development Cooperation*. Stockholm: SIDA.
- Warnecke, Andrea. 2006. „Länderstudien „Early Warning – Early Action.“
Entwicklungspolitische Instrumente zur frühzeitigen Eindämmung von
Gewaltkonflikten“. Bonn: BICC.
- World Bank. 2003. *Striking a Better Balance: The Extractive Industries Review*. Final Report.
Washington, DC: World Bank.

ANHANG

Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konfliktsituationen

Regulierungsmechanismen und Positionen relevanter Akteure

Regulierungsmechanismen und Positionen relevanter Akteure

	EU	Weltbank	GB	CND	NL	NW	SWE
Extraktive Industrien als eigenständiger Arbeitsbereich	Über EIB	X	X	X	-	X	-
Projekte mit Beteiligung privater Unternehmen aus dem extraktiven Sektor	Über EIB	X	-	X	-	Über NHO	-
Einbeziehung lokaler Ebene in Projekte zur Gewinnung und Nutzung von Ressourcen	-	CASM	CASM	X	-	X	-
Zusammenhang zwischen Ressourcen und Konflikt festgestellt	X	X	X	X	X	X	X
Initiativen und Maßnahmen zur Regulierung von Aktivitäten extraktiver Industrien							
A. Eigene Maßnahmen	Interne Projektkontrolle der EIB	EIR-Studie; Interne Projektkontrolle	Bilaterale Beratungsprojekte;	<i>National Roundtables; Mineral Policy Research Initiative.</i>	Arbeitsbereich „Unternehmen in Konfliktgebieten“	<i>Oil for Development Initiative</i>	-
B. Teilnahme an internationalen Initiativen	<i>Kimberley Process; EITI.</i>	EITI	<i>Kimberley Process (über EU); EITI.</i>	<i>Kimberley Process; EITI.</i>	<i>Kimberley Process (über EU); EITI.</i>	<i>Kimberley Process; EITI.</i>	<i>Kimberley Process (über EU); EITI (über EBRD).</i>
C. Unternehmen in Konflikt-Situationen	Kimberley Process	-	<i>Kimberley Process (über EU); Voluntary Principles; Wissenschaftliche Studien.</i>	<i>Kimberley Process; Wissenschaftliche Studien.</i>	<i>Kimberley Process (über EU); „Unternehmen in Konfliktgebieten“; Voluntary Principles.</i>	<i>Kimberley Process; Wissenschaftliche Studien; Voluntary Principles.</i>	<i>Kimberley Process (über EU); Wissenschaftliche Studien.</i>
Verknüpfung der Themenbereiche Ressourcen, fragile Staatlichkeit und Konfliktgeschehen ¹²	X	(X)	X	(X)	-	(X)	(X)
Herstellung guter Regierungsführung in ressourcenreichen Konfliktregionen	EITI (über EBRD); EUEI-PDF; Afrika-Strategie	EITI; LICUS; <i>Partnership Africa Canada</i>	EITI; EUEI-PDF; <i>Africa Conflict Prevention Pool; Partnership Africa Canada.</i>	EITI; <i>Partnership Africa Canada.</i>	EITI; EUEI-PDF; <i>Stability Fund; Africa Memorandum.</i>	<i>Oil for Development Initiative; EITI.</i>	EITI (über EBRD); EUEI-PDF; Afrika-Strategie.

¹² (x) Indirekt